

Mosambik

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	7
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	10
Streitkräftestruktur	11
Bewaffnung der Streitkräfte	12
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	16
Polizei und andere Sicherheitskräfte	18
Diversität der Streitkräfte	19

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	20
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	20
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	22
Innere Lage im Empfängerland	26
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	28
Bedrohung von Alliierten	30
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	30
Unerlaubte Wiederausfuhr	33
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	34

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Mosambik besitzt keine eigene Rüstungsindustrie und ist komplett von ausländischen Importen abhängig. Daher spielt Mosambik im globalen Handel mit Waffen und Rüstungsgütern eine untergeordnete Rolle. Zwischen 2020 und 2024 nahm das Land weltweit den 121. Platz unter den Waffenimporteuren ein. Seine größten Lieferanten waren in diesem Zeitraum Südafrika und die Vereinigten Arabischen Emirate. Aber auch Lieferungen durch einen unbekanntem Exporteur 2022 machten einen erheblichen Teil aus. Aus deutscher Sicht ist Mosambik kein zentrales Empfängerland für Rüstungsexporte. Schwere Waffen lieferte Deutschland in den letzten 25 Jahren nur im Jahr 2015 an das südafrikanische Land: Sechs Leichtflugzeuge des Typs Mirage GX. In einigen Fällen lehnte die Bundesregierung den Export von Rüstungsgütern nach Mosambik mit Hinweis auf das Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie bzw. die innere Lage im Empfängerland ab.

Die Streitkräfte Mosambiks, die Forças Armadas de Defesa de Moçambique (FADM), umfassen Heer, Marine und Luftwaffe. Sie gingen 1994 aus dem Zusammenschluss der damaligen Streitkräfte, den Forças Armadas de Moçambique (FPLM) und den bewaffneten Kräften des Resistência Nacional Moçambicana (RENAMO), hervor. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Bewahrung der territorialen Integrität und inneren Sicherheit des Landes sowie im Kampf gegen Piraterie und Menschen schmuggel. Mit 12.050 Soldat:innen sind die FADM nicht besonders groß. Die Ausrüstung stammt überwiegend aus ehemaligen Sowjetbeständen und wurde dem Land zu großen Teilen in den 1980er Jahren gebraucht übereignet. Dementsprechend ist es in fast allen Bereichen veraltet.

Einst als Nation-Building Projekt entwickelt, waren die Streitkräfte Mosambiks in den 80er Jahren eine gut ausgestattete und große konventionelle Armee. Im Bürgerkrieg (1977-1992) gegen RENAMO büßte die Armee jedoch Effektivität und vor allem Rückhalt in der Gesellschaft ein. Politische Reibereien innerhalb der Regierung über die Größe und Zusammensetzung der neuen Streitkräfte nach Ende des Krieges führten dazu, dass das Militär immer mehr an Bedeutung verlor und im Jahr 2000 kaum in der Lage war bei der Flutkatastrophe Hilfe im eigenen Land zu leisten. Derzeit werden die FADM durch bewaffnete Aufstände islamistischer Truppen, insbesondere in der nördlichen Provinz Cabo Delgado herausgefordert, denen sie schon seit Jahren nicht angemessen begegnen können. Die Rapid Intervention Unit der Streitkräfte fiel immer wieder durch Menschenrechtsverbrechen auf, die von staatlicher Seite nicht geahndet werden. Insbesondere im Norden des Landes sind sie für Folter und außergerichtliche Tötungen verantwortlich, die verdächtigt werden mit ASWJ verbunden zu sein.

Auch die Polizei Mosambiks, die Polícia da República da Moçambique (PRM), ist in den letzten Jahren häufiger durch Polizeigewalt gegen Demonstrant:innen aber auch gegen Journalist:innen und Oppositionelle aufgefallen. Berichten von Amnesty International zufolge ist die Zivilbevölkerung darüber hinaus regelmäßiger Schikane und Erpressung durch Polizeikräfte ausgesetzt. Hier sind die internen Kontrollmechanismen unzureichend. Laut einem Bericht der Friedrich-Ebert-Stiftung lag der Frauenanteil in den Streitkräften von Mosambik (FADM) im Jahr 2023 bei lediglich 12 %. Frauen übernehmen überwiegend unterstützende Aufgaben, insbesondere in den Bereichen Verwaltung, Logistik und militärische

Gesundheitsversorgung. Queere Menschen dürfen legal am Militärdienst teilnehmen. Das mosambikanische Gesetz verpflichtet alle Bürgerinnen und Bürger zwischen 18 und 35 Jahren unabhängig von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität zu einem mindestens fünfjährigen Militärdienst.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Zwischen 2001 und 2015 galt Mosambik als einer der wenigen Erfolgsfälle eines Peacebuilding-Prozesses und des damit verbundenen Wiederaufbaus. Das Land wies stabile Zuwächse von fünf bis zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf. Diese basieren zu großen Teilen auf dem Export natürlicher Ressourcen; allen voran Öl und Flüssiggas. Große Vorkommen an Erdgas wurden 2011 vor der Küste der Provinz Cabo Delgado entdeckt. Zwischen 2000 und 2017 stieg der Anteil an Staatseinnahmen aus dem Export natürlicher Ressourcen am Bruttoinlandsprodukt von sechs Prozent auf knapp 19 Prozent an. Diese Einkommen kamen und kommen jedoch zumeist nur wenigen Bürger:innen zugute. Insbesondere der Norden bleibt trotz Ressourcenreichtum marginalisiert, was zum Aufstieg der islamistischen Bewegung Ansar al-Sunna, lokal auch als al-Shabaab bekannt, führte. Mit dem sich zeitweise ausweitenden Konflikt mit Al Shabab im Norden des Landes sanken in den letzten Jahren nicht nur die aus Rohstoffexporten erzielten Einnahmen und damit das BIP des Landes, sondern auch die ausländischen Direktinvestitionen.

Mosambik ist einigen wichtigen Abrüstungs- bzw. Rüstungskontrollverträgen nicht beigetreten. Dazu gehören viele der älteren Abkommen zur Begrenzung von Massenvernichtungswaffen wie etwa das Chemiewaffenprotokoll oder der partielle atomare Teststopp Vertrag von 1963. Dagegen ratifizierte die Republik 2008 den Vertrag von Pelindaba, der als wichtigster regionaler Vertrag im Bereich der nuklearen Rüstungskontrolle gilt. Mosambik unterzeichnete zudem das Firearms Protocol der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (Southern African Development Community, SADC).

Im Bereich der Bekämpfung internationaler Kriminalität ist das Land allen relevanten Abkommen beigetreten. Nichtsdestotrotz stellt internationale organisierte Kriminalität ein großes Problem für das Land dar. Bedingt durch seine Lage am Indischen Ozean und den im Vergleich zu Südafrika schwachen Grenzkontrollen ist das Land schon lange als Transitland für diverse illegale Güter aus und in die Nachbarländer bekannt. Hohe Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und bis in die höchsten Ämter verbreitete Korruption stellen weitere Faktoren dar, die dazu beitragen, dass organisierte Kriminalität in Mosambik endemische Ausmaße annimmt. Vor diesem Hintergrund können illegale Wiederausfuhren von Waffen nicht ausgeschlossen werden – auch wenn es dafür derzeit keine konkreten Belege gibt.

Mit Ausnahme des sogenannten Sozialpaktes (Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) ist Mosambik allen nennenswerten UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten. Dementsprechend schätzt auch Freedom House Mosambik als „teilweise frei“ ein. Dennoch ist im Verlauf der letzten Jahre eine Verschlechterung der Menschenrechtssituation im Land zu beobachten. Seit den ersten Wahlen im Mehrparteiensystem 1994 hat die FRELIMO jede Wahl mit absoluter Mehrheit gewonnen. Nationale und internationale Beobachter:innen prangern dabei immer wieder Betrug an. Im Zuge des Konflikts in Cabo Delgado wurden fast eine Million Menschen zu Binnenvertriebenen, die keinen angemessenen Zugang zu Nahrung, Wasser, Bildung und Gesundheit haben. Vor allem Frauen erleben zudem sexualisierte Gewalt durch die für die Registrierung oder

Nahrungsmittelausgabe zuständigen Behörden. Nach Angaben des United Nations Population Fund haben 21,7 % der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren mindestens einmal in ihrem Leben körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch einen Intimpartner erlebt. Die Zahl der gemeldeten Fälle geschlechtsspezifischer Gewalt, insbesondere von Tötungsdelikten, steigt. Bis September 2025 registrierte die lokale Frauenrechtsorganisation „Observatorio da Mulher“ mindestens 43 Femizide und 42 Vergewaltigungen an Frauen und Mädchen. Die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher liegen.

Mosambik gilt mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 550 US-Dollar als „low income country“ und weist das drittniedrigste Einkommen weltweit auf. Mosambik ist zudem ein „heavily indebted poor country“, trotz eines gravierenden Schuldenerlasses im Jahr 2005. Die Wirtschaft ist nicht kompetitiv, wenig diversifiziert und basiert zu großen Anteilen auf Agrarwirtschaft und dem Export von Rohstoffen. Die Wirtschaft gilt somit als höchst vulnerabel, insbesondere im Hinblick auf den Klimawandel. Mit einem HDI-Wert von 0,493 gilt Mosambik außerdem als „Least Developed Country“ und schneidet auch im regionalen Vergleich schlecht ab. Die meisten sozialen Indikatoren zeigen sich entsprechend als desaströs – nur punktuell konnten in den vergangenen Jahren Erfolge erzielt werden. Insbesondere Unterernährung und extreme Armut sind weit verbreitet. Die Bildungs- sowie Gesundheitsausgaben lagen in den letzten zehn Jahren durchschnittlich mit 6,0 % bzw. 7,8 % am BIP recht hoch – insbesondere im Vergleich zu den geringen Militärausgaben von 1,5%. Mosambik gilt entsprechend als schwach militarisiert (Rang 100 im jüngsten Globalen Militarisierungsinde). Nichtsdestotrotz sind die Militärausgaben in den vergangenen Jahren zumeist gestiegen.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 2002-2024 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2002	---	---
2003	---	---
2004	---	---
2005	---	---
2006	---	---
2007	---	---
2008	---	---
2009	---	---
2010	---	---
2011	Jagdgewehre (A0001/56,8 Prozent); Munition für Revolver, Pistolen, Jagdwaffen und Sportwaffen (A0003/43,2 Prozent)	0,013
2012	---	---
2013	Minenräumgeräte [Hilfsorganisation], und Teile für Minenräumgeräte [Hilfsorganisation] (A0006/97,4 Prozent)	0,770
2014	Landegrids für Marinefahrzeuge (A0009/98,4 Prozent)	0,213
2015	Teile für Minenräumausrüstung [Hilfsorganisation] (A0006/100 Prozent)	0,100
2016	---	---
2017	---	---
2018	---	---
2019	---	---
2020	Geländewagen mit Sonderschutz [VN-Mission] (A0006/100 Prozent)	0,279

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2021	---	---
2022	---	---
2023	Bodenüberwachungsradar und Teile für Bodenüberwachungsradar: 88,6%	1,58
2024	---	---

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2002-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de/>

Schaubild 1
Deutsche Rüstungsexporte, 2002–2024

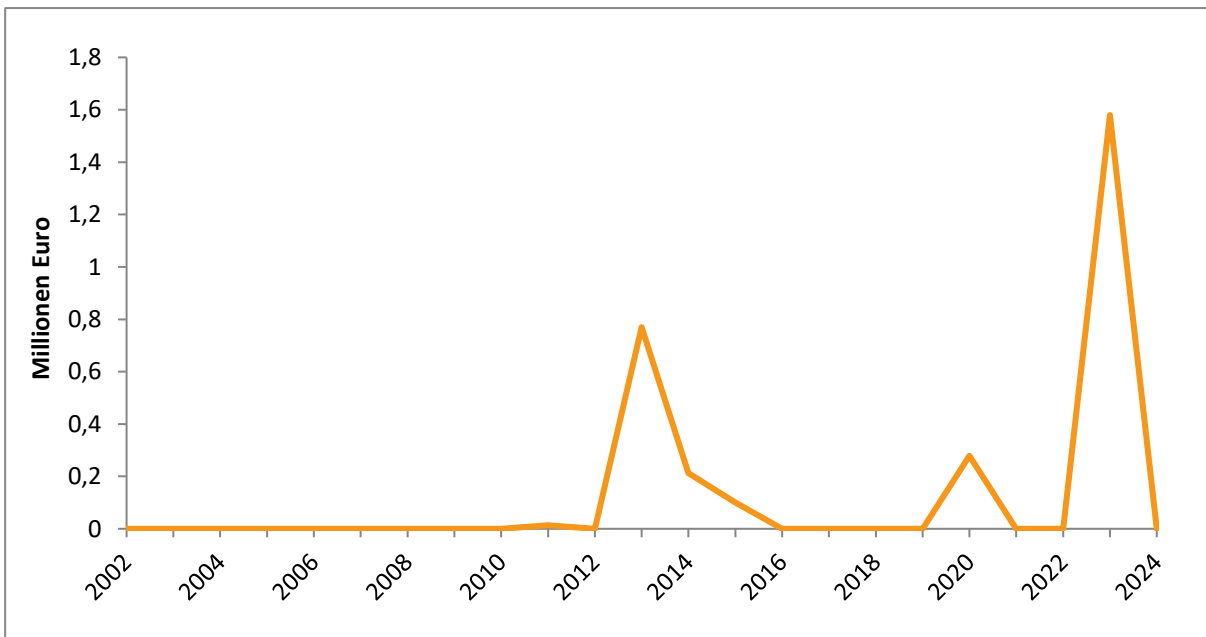


Tabelle 2
Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Mosambik 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
(6)	Mirage	Leichtflugzeug	(2014)	2015	(6)	Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Mosambik ist kein zentrales Empfängerland deutscher Rüstungsexporte. Schwere Waffen lieferte Deutschland in den letzten 20 Jahren nur einmal, nämlich sechs Leichtflugzeuge des Typs Mirage GX im Jahr 2015. Sonstige Rüstungsgüter gingen meist statt an die FADM (Forças Armadas de Defesa de Moçambique) an andere Empfänger im Land. So genehmigte die Bundesregierung in den Jahren 2013 und 2015 den Export von Minenräumergeräten und Zubehör im Wert von 770.374 bzw. 100.000 Euro an Hilfsorganisationen im Land. Im Jahr 2020 erhielt nach Angaben des Rüstungsexportberichts eine UN-Mission in Mosambik Geländewagen mit Sonderschutz im Wert von 289.080. Informationen, um welche Mission es sich konkret handelte, fehlen jedoch. Offiziell war zu diesem Zeitraum keine offizielle UN-Mission im Land aktiv.

In einigen Fällen lehnte die Bundesregierung den Export von Rüstungsgütern nach Mosambik ab. So wurde mit Bezug auf Kriterium 7 des gemeinsamen Standpunktes (Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie) 2011 der Export von Handfeuerwaffen (AL 0001) und 2014 unter Bezug auf Kriterium 3 (Innere Lage im Endbestimmungsland) der Export von militärischen Luftfahrzeugen bzw. -technik (AL 0010) abgelehnt. Im Jahr 2023 lieferte Deutschland erstmals seit 2020 wieder Rüstungsgüter nach Mosambik, was die untergeordnete Rolle des Landes für deutsche Rüstungsexporte unterstreicht. Deutschland lieferte ein Bodenüberwachungsradar und Teile für dieses Radar nach Mosambik.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Mosambik 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	1	18	5	3	1	28

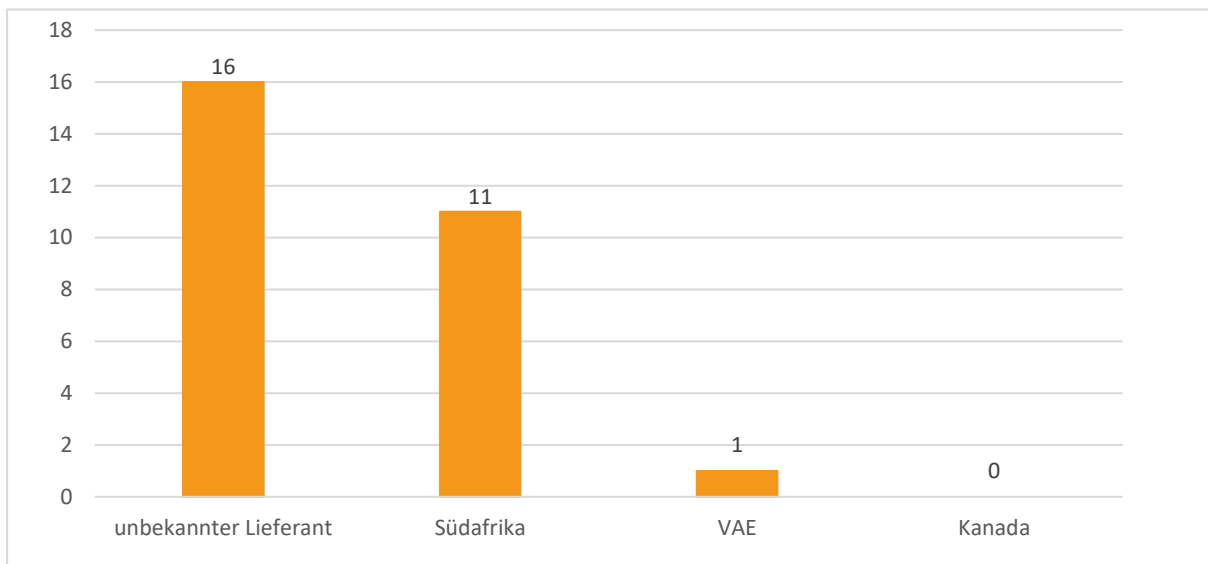
Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Tabelle 4**Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Mosambik 2020-2024, Mio. TIV**

Da Deutschland zwischen 2020 und 2024 keine kompletten Großwaffensysteme nach Mosambik geliefert hat, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2**Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV**

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Mosambik spielt im globalen Handel mit Waffen und Rüstungsgütern eine eher untergeordnete Rolle. Zwischen 2020 und 2024 nahm das Land weltweit den 121. Platz unter den Waffenimporteuren ein. Während der bzw. die größte(n) Lieferanten im genannten Zeitraum SIPRI zufolge unbekannt sind (55 % aller Importe konnten nicht zugeordnet werden), war Südafrika (mit 40 % aller Lieferungen nach Mosambik) der wichtigste identifizierte Lieferant. Die Vereinigten Arabischen Emirate sowie Kanada lieferten in dieser Periode nur in sehr geringem Umfang Großwaffensysteme.

Die Lieferungen durch den unbekanntem Exporteur umfassen zwei gebrauchte Mi-24V/Mi-35 Kampfhubschrauber sowie drei gebrauchte Mi-8MT/Mi-17 Transporthubschrauber, die allesamt 2021 geliefert wurden. SIPRI gibt hierzu an, dass die genannten Fluggeräte über Unternehmen aus Südafrika und den VAE verkauft worden sind.

Als zweitwichtigster Lieferant im genannten Zeitraum exportierte Südafrika Flugzeuge und Fahrzeuge nach Mosambik: So erhielt Mosambik zwischen 2020 und 2021 zwölf gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Marauder aus Südafrika. Zwei gebrauchte SA-341

Gazelle (leichte Helikopter) erhielt Mosambik 2021 aus Südafrika. 2022 importierte es ein gebrauchtes CN-235 Transportflugzeug und ein gebrauchtes leichtes L-410 Turbolet Flugzeug aus Südafrika. 2023 wurde das erste von drei bestellten südafrikanischen Erdkampfflugzeugen vom Typ Mwari an Mosambik übergeben. Für diese Mwari-Kampfflugzeuge lieferte Kanada 2023 das erste von drei entsprechenden Triebwerken.

Aus den Vereinigten Arabischen Emiraten erhielt Mosambik 2024 vermutlich sechs neuwertige MCAV-20 (gepanzerte Mannschaftstransporter) – womöglich als Schenkung.

In den Jahren zuvor waren unter anderem auch China, Russland, Indien und das Vereinigte Königreich wichtige Lieferanten. Aus China kamen zwischen 2014 und 2016 bspw. zwölf gepanzerte Fahrzeuge des Typs WZ-551 und zwölf weitere des Typs VN-3. Aus dem Vereinigten Königreich bezog Mosambik ebenfalls gepanzerte Truppentransporter, nämlich 25 gebrauchte AT-105 Saxon und 40 FV-432 im Jahr 2013. Russland exportierte 2019 einen Mi-8MT/Mi-17 Transporthubschrauber und die indischen Rüstungslieferungen, welche als Militärhilfe eingeführt wurden, belaufen sich auf zwei L&T Fast Interceptor Patrouillenboote. Diese wurden 2019 anlässlich eines Besuchs des indischen Verteidigungsministers Rajnath Singh an die Marine Mosambiks übergeben. Als kostenlose Militärhilfen bezog Mosambik außerdem drei EMB-312 Tucano Trainingsflugzeuge aus Brasilien (2014), zwei Leichtflugzeuge des Typs Cessna-337/O-2 aus Portugal (2011-2012) sowie ein gebrauchtes Patrouillenboot Conejera aus Spanien (2013).

Militärausgaben

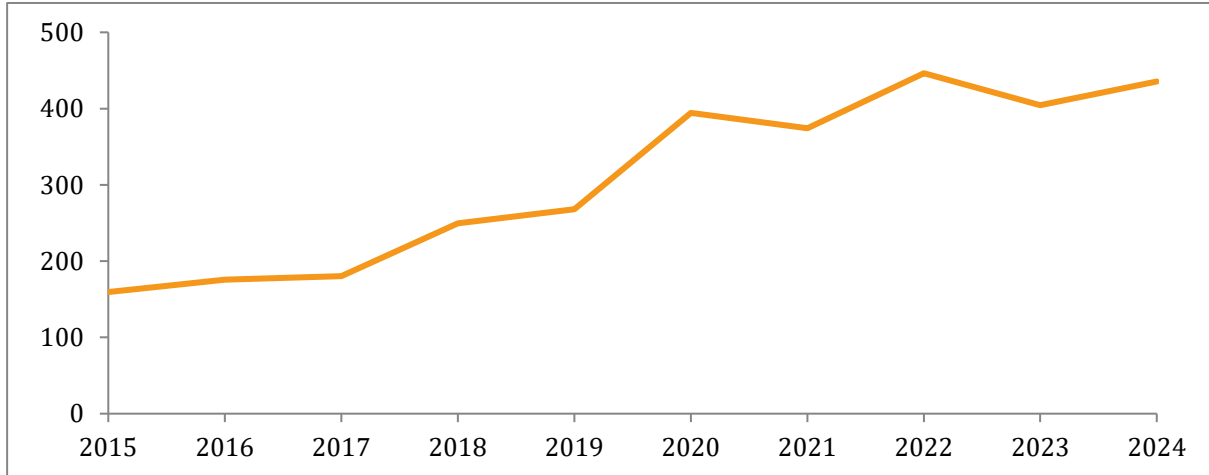
Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	395	374	446	404	435
Anteil am BIP (in Prozent)	2,0	1,9	2,2	1,9	2,0
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	6,3	6,2	6,7	5,8	6,1

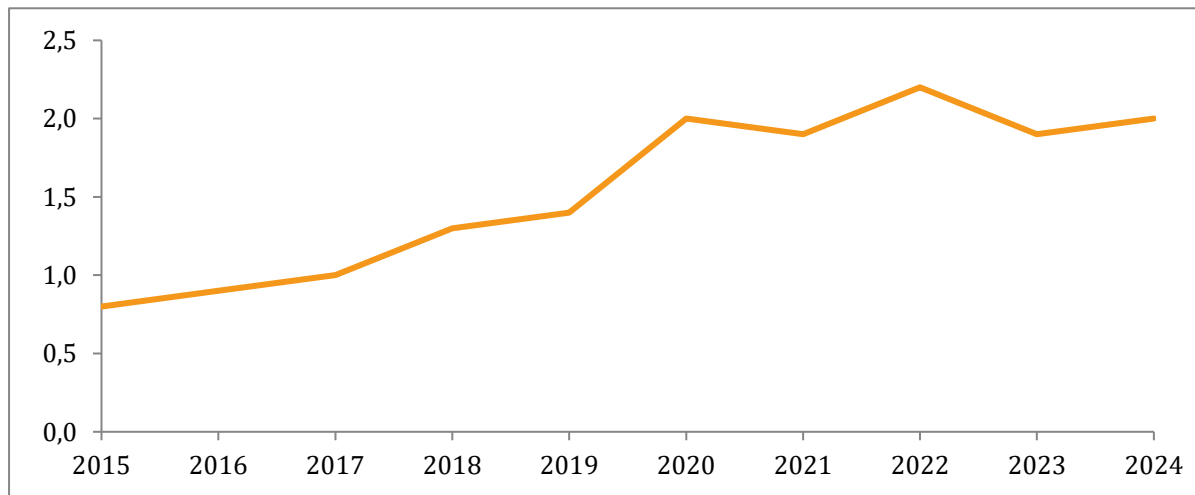
Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3**Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Mosambik besitzt keine eigene Rüstungsindustrie und ist komplett von ausländischen Importen abhängig.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja; 5 Jahre.

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

12.050 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 10.000

Marine: 1.050

Luftwaffe: 1.000

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	11,2	11,2	11,2	11,2	11,2	11,2	11,2	11,2	12
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Kommentar

Die Streitkräfte Mosambiks, die Forças Armadas de Defesa de Moçambique (FADM), umfassen Heer, Marine und Luftwaffe. Sie gingen 1994 aus dem Zusammenschluss der damaligen Streitkräfte, den Forças Armadas de Moçambique (FPLM) und den bewaffneten Kräften des Resistência Nacional Moçambicana (RENAMO) hervor. Hauptaufgabe der FADM besteht in der Bewahrung der territorialen Integrität und inneren Sicherheit des Landes sowie im Kampf gegen Piraterie und Menschenhandel. Militärische Partnerschaften bestehen mit China, Russland und Portugal. Es besteht eine Wehrpflicht von zwei Jahren, die für Männer und Frauen gleichermaßen gilt. Mit 12.050 Soldat:innen sind die FADM nicht besonders groß. Insbesondere die Marine, aber auch die Luftwaffe ist mit 1.050 bzw. 1.000 Soldat:innen kaum in der Lage, die Küsten des Landes zu kontrollieren bzw. das Heer logistisch oder durch Nahunterstützung effektiv zu unterstützen. Mit 0,3 Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen liegt es unter dem regionalen Durchschnitt (Südafrika 1,1; Malawi 0,5; Botsuana 3,6; Sambia 0,8; Tansania 0,4). Auf dem Globalen Militarisierungsindex belegt das Land aktuell (2025) Rang 100. Die Ausrüstung, die Mosambik zu großen Teilen in den 1980er Jahren gebraucht übereignet wurde, stammt überwiegend aus ehemaligen Sowjetbeständen. Dementsprechend ist sie in fast allen Bereichen veraltet. Die Fähigkeit, Truppen über den eigenen Landesgrenzen hinaus einzusetzen, ist nicht gegeben.

Bewaffnete Aufstände islamistischer Truppen, insbesondere in der nördlichen Provinz Cabo Delgado, stellen die FADM derzeit vor extreme, weitestgehend ungelöste Herausforderungen. Ausbildungshilfe unter anderem von US-Kräften, aber auch von einigen anderen (europäischen wie nicht-europäischen) Ländern, sowie diversen privaten Sicherheits- bzw. Militärfirmen, sollten in der Vergangenheit zur Problembewältigung beitragen. In Verruf geriet diese Herangehensweise, als unter anderem die sogenannte Wagner Gruppe – eine dem Kreml nahestehende private Militärfirma – den Kampf gegen die Islamist:innen übernehmen sollte. Seit 2021 waren fast 2.000 Soldat:innen der Southern African Development Community Mission (SADC) aus Angola, Botswana, der Demokratischen Republik Kongo, Lesotho, Malawi, Südafrika, Tansania und Simbabwe, unterstützt von 2.000 Soldat:innen aus Ruanda, im Land. Diese SADC-Mission („SAMIM“) wurde 2024 jedoch – unter anderem auch aufgrund finanzieller Engpässe – beendet. Ihr Ziel war es, das Land zu stabilisieren und die nördlichen Provinzen, in denen große Ölvorkommen lagern, wieder unter Kontrolle der mosambikanischen Regierung zu bringen. Zwar wurden einige der anvisierten Ziele erreicht – die zugrundeliegenden Ursachen der Fragilität gelten aber als nicht beseitigt, sodass das Risiko wieder aufflammender Aufstände besteht.

Außerdem befinden sich seit Oktober 2021 im Rahmen der europäischen Trainingsmission EUTM Mosambik Soldat:innen aus Belgien, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Litauen, Portugal, Rumänien und Spanien im Land, die die Soldat:innen Mosambiks ausbilden sollen. Seit September 2024 engagiert sich die EU des Weiteren im Rahmen der European Union Military Assistance Mission (EUMAM).

2023 hat die mosambikanische Regierung autorisiert, dass lokale Milizen gebildet werden, die den Streitkräften helfen sollen, Aufständische zu bekämpfen.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	Mehr als 60	
Aufklärer	30	
Schützenpanzer	40	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	337	
Artillerie	126	
Panzerabwehr	Einige	
Luftabwehr	Mehr als 330	Davon 40 eingelagert

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Das Heer bildet mit 10.000 Soldat:innen die größte Teilstreitkraft der FADM. Es gliedert sich in sieben leichte Infanteriebataillone, drei Bataillone Spezialeinheiten, zwei bis drei Artilleriebatterien, zwei Pionierbataillone sowie ein Logistikbataillon.

Die dem Heer zu Verfügung stehenden Waffensysteme sind allgemein veraltet und in einem sehr schlechten Zustand. So schätzt die Military Balance des IISS nur etwa 10 Prozent der Ausrüstung überhaupt als einsatzfähig ein. Das Heer verfügt zwar über mehr als 60 Kampfpanzer – was vergleichsweise viel ist –, es handelt sich dabei jedoch ausschließlich um veraltete T-54. Diese wurden 1982 bereits gebraucht aus der ehemaligen Sowjetunion eingeführt. Auch die 40 Schützenpanzer des Typs BMP-1 stammen noch aus sowjetischer Produktion. Wer diese Waffen lieferte, lässt sich nicht mehr nachvollziehen. Es ist allerdings naheliegend, dass es sich um gebrauchte Geräte aus den ehemaligen Warschauer Pakt-Staaten handelt. Ergänzt werden diese BMP-1 durch eine Vielzahl an sowjetischen BTR-60 (160 Stück) und BTR-152 (100 Stück) sowie 25 AT-105 Saxon aus britischer Produktion. Erstere wurden 1977 aus der ehemaligen Sowjetunion, letztere 2013 gebraucht aus dem Vereinigten Königreich importiert. Auch wenn die Flotte an gepanzerten Fahrzeugen recht umfangreich erscheint – als modern können lediglich die ab 2006 in Russland produzierten gepanzerten Mehrzweckfahrzeuge des Typs Tiger 4x4 sowie elf südafrikanische Marauder gelten. Das Heer soll über neun oder mehr der russischen Fahrzeuge verfügen, deren Herkunft jedoch unklar ist. Wahrscheinlich ist, dass die Tiger im Zuge der Wagner-Mission ins Land gebracht wurden. Unklar ist auch die Herkunft der angeblich in den Beständen der FADM befindlichen MRAPS (Mine Resistant Ambush Protected-Vehicle) von Tata Motors, einem indischen Automobilhersteller. Das SIPRI Arms Trade Register verzeichnet sie jedenfalls nicht als indische Importe. Tata verfügt in Mosambik zwar über einige Verkaufs-, jedoch über keinerlei Produktionsstätten, sodass anzunehmen ist, dass die Fahrzeuge über ein Drittland eingeführt wurden.

Formell stehen den Streitkräften Mosambiks auch eine Vielzahl an unterschiedlichen Artilleriesystemen zur Verfügung. Bei diesen handelt es sich ausschließlich um Systeme aus ehemals sowjetischer Produktion. Konkret besteht das Arsenal aus 62 gezogenen 20-M-1944 100-mm Geschützen, zwölf M-101 Geschützen des Kalibers 105-mm, zwölf D-30 122 Haubitzen, sechs M-46 130 mm Geschützen und zwölf D-1 152 mm Haubitzen. Zusätzlich befinden sich noch zwölf Grad BM-21 Mehrfachraketenwerfer in den Arsenalen der FADM.

Insgesamt muss die Ausrüstung des Heeres quantitativ als absolut ausreichend bewertet werden. Probleme bestehen vor allem in der Wartung bzw. der Einsatzbereitschaft des veralteten Geräts sowie in der mangelhaften Ausbildung der Truppen.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	44	Davon 16 eingelagert und 3 nicht einsatzfähig
Drohnen	1	Aufklärungsdrohne (S-100 Camcopter)

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Mit lediglich 200 Soldat:innen stellte die Marine Mosambiks die mit Abstand kleinste Teilstreitkraft dar. 2024 wurde das Personal allerdings auf 1.050 angehoben, sodass die Marine derzeit die zweitgrößte Teilstreitkraft ist. Sie besteht dennoch weiterhin aus lediglich 44 Patrouillenbooten, mit denen sie kaum in der Lage ist, Schmuggel und Piraterie in den eigenen Gewässern zu unterbinden bzw. die Seegrenzen zu kontrollieren und zu schützen.

Das Rückgrat der Marine bilden schnelle Patrouillenboote des Typs DV 15 der Privinvest Gruppe mit Sitz im Nahen Osten, zu der die German Naval Yards Kiel (GNYK) gehört. 15 dieser Boote soll Mosambik in Betrieb haben; 14 sind eingelagert. Die genaue Herkunft ist unklar. Ergänzt werden diese durch zwei schnelle Patrouillenboote des Typs HSI 32 Interceptor. Ursprünglich wurden 2016 drei dieser von der französischen Schiffswerft Constructions Mécaniques de Normandie (CMN) hergestellten Schiffe an Mosambik ausgeliefert, wovon allerdings eines im August 2020 bei einem Angriff islamistischer Kräfte auf Mocimboa da Praia durch Beschuss verlorenging. Zwei weitere schnelle Patrouillenboote des Typs Namiliti stammen aus der Produktion der India's Larsen & Toubro Limited. Die Boote, die in Indien die Bezeichnung C-402 (L&T Fast Interceptor) trugen, wurden Mosambik 2019 von der Indischen Marine als Schenkung übergeben. Darüber hinaus befinden sich zwei Interceptor Patrouillenboote im Einsatz der Marine.

Neben diesen schnellen Patrouillenbooten nutzt die Marine Mosambiks noch vier andere Patrouillenboote. Drei dieser Trimarane vom Typ Ocean Eagle 43 lieferte die Construction Mecanique de Normandie (CMN) 2015 an Mosambik. Diese Boote können einen unbemannten Hubschrauber des Typs Camcopter S-100 mit sich führen, von denen die Marine jedoch derzeit nur eine Einheit besitzt. Diese kann theoretisch auch als Kampfdrohne genutzt werden, wird aber lediglich zu Aufklärungszwecken eingesetzt. Bei dem letzten der vier in Dienst befindlichen Patrouillenboote handelt es sich um ein Boot des Typs Conejera, welches Mosambik 2013 von Spanien gebraucht aber modernisiert als Schenkung erhielt.

Um die Ausbildung der Marine in den Bereichen Anti-Piraterie-Patrouillen, Such- und Rettungsoperationen sowie im Kampf gegen Menschenschmuggel zu verbessern, unterzeichneten Mosambik und Italien 2014 eine Vereinbarung zur technischen Zusammenarbeit. Trotz allen Bemühungen, die Marine zu stärken, sind ihre Kapazitäten aber immer noch so begrenzt, dass die SADC-Mission in Mozambique (SAMIM) zur Unterstützung der Regierung im Kampf gegen islamistische Kräfte im Norden des Landes (bis Mitte 2024) zusätzlich ein Marineelement enthielt, um Waffenschmuggel effektiver unterbinden zu können.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	8	
Aufklärer	5	
Transportflugzeuge	12	Davon 1 Passagiermaschine und 4 nicht einsatzfähig
Ausbildungsflugzeuge	2	
Kampfhubschrauber	2	
Transporthubschrauber	2	
Mehrzweckhubschrauber	2	

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die Luftwaffe Mosambiks, die Força Aérea de Moçambique (FAM), ist mit rund 1.000 Soldat:innen die aktuell kleinste Teilstreitkraft der FADM. Sie besteht organisatorisch aus drei Staffeln: Eine Jagd(bomber)-, eine Transport- und eine Helikopterstaffel.

Die Jagd(bomber)staffel besteht aus Flugzeugen der Typen MiG-21bis Fishbed (sechs Stück) bzw. MiG-21UM Mongol B (zwei Stück). Von ersterem Typ wurden 1978 35 vermutlich gebrauchte Flugzeuge aus der ehemaligen Sowjetunion importiert. Die Herkunft der Flugzeuge des zweiten Typs ist unklar. Bei der MIG 21 handelt es sich um ein weit verbreitetes System, das in über 50 Staaten weltweit eingesetzt wird bzw. wurde. Dies macht eine weitere Eingrenzung der möglichen Herkunftsländer kaum möglich. Neben diesen Jagdbombern haben die FAM noch zwei Trainingsflugzeuge des Typs L-39 Albatros zur Ausbildung von Jet-Pilot:innen im Einsatz. Eines dieser Flugzeuge, eine L-39ZO, wurde 2014 gebraucht, aber vermutlich modernisiert aus der Slowakei geliefert. Die Herkunft der anderen Maschinen ist unbekannt. Im Jahr 2014 wurden sechs MIG-21 und ein L-39ZO (möglicherweise das gleiche Flugzeug) von der rumänischen Firma Aerostar modernisiert und mit GPS-Systemen ausgestattet.

Die Transportstaffel der FAM besteht aus insgesamt zwölf Flugzeugen, von denen aber nur acht einsatzfähig sind. So setzte die FAM eine An-26 Curl, zwei Cessna 150B, eine CN235M, eine L-419UVP, eine Cessna 172, eine PA-34 Seneca und eine Passagiermaschine des Typs Hawker 850 XP ein. Vier PA-32 Cherokee sind derzeit nicht einsatzfähig. Bei der AN-26 handelt es sich vermutlich um eine der beiden An-26B-100, die 2014 gebraucht aus der Ukraine importiert wurden. Flugzeuge desselben Typs wurden bereits 1978 aus der ehemaligen Sowjetunion beschafft. Es ist aber unwahrscheinlich, dass eines der damals zwei importierten Flugzeuge noch operabel ist. Bei den restlichen Flugzeugen handelt es sich um zivile, die überwiegend aus den Vereinigten Staaten geliefert wurden.

Die Helikopterstaffel besteht aus lediglich sechs Hubschraubern. Zwei davon sind Angriffshubschrauber des Typs Mi-24 Hind (Ausführung E). Zwölf solcher Maschinen wurden 1987/88 aus der Sowjetunion importiert. Ob des Alters der Maschinen wurden zehn inzwischen außer Dienst gestellt bzw. zur Ersatzteilentnahme genutzt. Zwei weitere sind Transporthubschrauber des Typs Mi-8, vermutlich ein Mi-8MT/Mi-17 und ein gebrauchter Mi-8TV. Beide kamen 2019 bzw. 1999 aus Russland. Zuvor hatte Mosambik bereits zwischen 1978 und 1982 insgesamt 15 Mi-8T aus der ehemaligen Sowjetunion bezogen. Zwei bis drei Mi-8 wurden vor einigen Jahren in Äthiopien modernisiert. Eine Maschine ging 2019 in der Provinz Cabo Delgado verloren. Bei den von den FAM eingesetzten zwei Mehrzweckhubschraubern handelt es sich um Hubschrauber des Typs SA-341 Gazelle, welche 2021 aus Südafrika importiert wurden.

Über die letzten Jahre unterstützten diverse Militärunternehmen wie die südafrikanische Dyck Advisory Group, die in Dubai ansässige Burnham Global oder die russische Wagner Gruppe das mosambikanische Militär. Ob der geringen Transport-, Aufklärungs- und Luftnahunterstützung-Kapazitäten brachten diese Unternehmen oft auch eigene Hubschrauber mit. Unklar ist, ob es sich dabei um Geräte handelt, die anschließend wieder das Land verließen oder dort dauerhaft zur Unterstützung der FAM verblieben. So berichtet der Informationsdienst Janes Defense News 2019 von etwa ein bis zwei Mi-17, die zwar nicht als russische Importe verzeichnet sind, aber das offizielle mosambikanische Tarnmuster trugen und von Soldat:innen in Uniformen der FAM gewartet wurden. Möglich ist, dass es sich um Leihgaben oder Schenkungen aus Russland handelt. Alternativ können die Hubschrauber aber auch zur Unterstützung der Wagner Gruppe abgestellt worden sein und mit diesen wieder das Land verlassen haben.

Box 2

Peacekeeping

Keine Teilnahme an internationalen Peacekeeping-Missionen.

Quelle: IISS Military Balance 2025

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Vor dem Hintergrund des anti-kolonialen Kampfes entwickelten sich in Mosambik zunächst sehr enge zivil-militärische Beziehungen. Die Mosambikanische Befreiungsfront (Frente de Libertação de Moçambique, FRELIMO) gründete sich 1962, um den Kampf gegen die ehemalige Kolonialmacht Portugal politisch und militärisch zu führen. Dabei folgte die FRELIMO einem Ansatz des Volkskrieges, bei dem keine Unterscheidung zwischen politischem Aktivismus und militärischem Kampf gemacht wurde. In den befreiten Gebieten richtete FRELIMO ab den späten 1960er Jahren eine eigene Verwaltung ein und begann dort auch die Gesellschaft zu transformieren. Wie bei anderen Befreiungsbewegungen auch, profitierten FRELIMO und das Militär in Mosambik von der Tatsache, dass ihnen die Befreiung von Kolonialismus angerechnet wurde bzw. wird. Als 1975 die neuen Streitkräfte jedoch ausschließlich aus ehemaligen FRELIMO Kämpfer:innen aufgebaut wurden, aber über 30.000 Soldat:innen der ehemaligen Kolonialstreitkräfte bei diesem Prozess ausgeschlossen

blieben, wuchs im In- und Ausland der Widerstand gegen FRELIMO. Zwei Jahre später gründete sich im damaligen Rhodesien (heute: Simbabwe) der Nationale Widerstand Mosambiks (Resistência Nacional Moçambicana, RENAMO), welcher den Kampf gegen FRELIMO, unterstützt von Rhodesien und Südafrika, aufnahm. Dies steigerte zunächst die interne Solidarität mit den neuen Streitkräften, da diese als als Verteidiger:innen gegen einen ausländischen Feind und die Apartheid wahrgenommen wurden. Mit Hilfe der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten wurden die FAP bis 1980 zu einer effektiven konventionellen Armee aufgebaut, welche auch Teil eines Nation Building Projektes war. Ab 1978 führte Mosambik eine Wehrpflicht ein und vergrößerte die Armee massiv. Die Regierung legte dabei, gemäß sozialistischer Doktrin, großen Wert auf eine rigide politische Kontrolle, die die Armee zum größten Stützpfeiler des Regimes machen sollte.

Eigentlich war die Verteidigungsstrategie der Streitkräfte auf einen konventionellen Krieg gegen Rhodesien und Südafrika ausgelegt. Im 15-jährigen Bürgerkrieg hingegen waren sie mit RENAMO und ihrer unkonventionellen Guerilla-Taktik konfrontiert. Infolgedessen reagierte das Militär zunehmend gewaltsam gegen die Zivilbevölkerung, siedelte sie im Zuge von Counter-Insurgency Operationen um und bediente sich immer harscherer Rekrutierungsmethoden. Auch verschlang das Militär immer größere Teile des staatlichen Budgets. Im Endeffekt war der Preis für den Krieg gegen RENAMO eine deutliche Verschlechterung der zivil-militärischen Beziehungen. Die ehemals recht harmonische Beziehung zwischen Bevölkerung und Militär verschlechterte sich mit dem Friedensschluss von 1992 nochmals, als Soldat:innen beider Lager die neuen FADM bildeten. Politische Reibereien über die Größe und Zusammensetzung der neuen Streitkräfte führten dazu, dass das Militär immer mehr an Bedeutung verlor und im Jahr 2000 kaum in der Lage war, bei der Flutkatastrophe Hilfe im eigenen Land zu leisten.

Ab 2015 forderten die Aktivitäten der islamistischen Ahlu Sunnah Wa-Jamâ (ASWJ) die staatlichen Sicherheitskräfte heraus, die sich als militärisch unfähig erwiesen, diese Angriffe zu verhindern. Die häufigen Übergriffe auf die Zivilbevölkerung im Zuge des Konfliktes belasten die zivil-militärischen Beziehungen weiter. So fällt die mosambikanische Rapid Intervention Unit immer wieder durch Menschenrechtsverbrechen auf, die von staatlicher Seite nicht geahndet werden. Insbesondere im Norden des Landes kommt es regelmäßig zu Folter und außergerichtlichen Tötungen von Menschen, die verdächtigt werden mit ASWJ verbunden zu sein. Auch der südafrikanischen Dyck Advisory Group, die Mosambik im Konflikt einsetzt, werden immer wieder unrechtmäßige Angriffe auf Zivilist:innen vorgeworfen. Laut dem Amnesty International Bericht 2020/2021 sind Mitglieder der staatlichen Sicherheitskräfte zudem an Übergriffen auf Aktivist:innen, Politiker:innen und Journalist:innen beteiligt. All dies zeugt davon, dass von den ehemals guten zivil-militärischen Beziehungen heute wenig übriggeblieben ist. Gleichzeitig kam es seit der Unabhängigkeit weder zu politischen Einflussnahmen durch das Militär, noch tritt es als ökonomischer Akteur in Erscheinung. Weit verbreitete Korruption innerhalb der Streitkräfte lösen Bedenken aus.

Den Ergebnissen des letzten Afrobarometer (2024) zu Mosambik zufolge haben nur 25 Prozent der Befragten großes Vertrauen in das Militär, während 29,7 Prozent dem Militär etwas vertrauen, 28,7 Prozent wenig Vertrauen ins Militär haben und 12,9 Prozent sogar gar kein Vertrauen ins Militär besitzen. Auf die Frage nach der Zustimmung der Befragten zu einer Regierung durch das Militär gaben insgesamt rund 23 Prozent an, dass sie dies (stark) befürworten würden; insgesamt 61,2 Prozent drückten jedoch ihre (starke) Ablehnung dazu aus. Ob es legitim sei, dass das Militär interveniere und die Regierungskontrolle übernehme,

sollten gewählte Vertreter:innen ihre Macht zu eigenen Zwecken missbrauchen, beantworteten jedoch insgesamt 55 Prozent der Befragten mit (starker) Zustimmung, während nur insgesamt 34,1 Prozent befinden, dass das Militär sich niemals in die politischen Prozesse des Landes einmischen solle.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in Prozent)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	2,9	4,1	4,4	4,3	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Kommentar

Die Polizei Mosambiks, die Polícia da República da Moçambique (PRM), untersteht formal dem Innenministerium und wird von einem:einer Kommandeur:in im Generalsrang befehligt. Diese:r wird direkt von dem:der Präsident:in ernannt. Organisatorisch ist die Polizei in die drei Sparten für öffentliche Ordnung und Sicherheit, Kriminalitätsbekämpfung und Spezialeinheiten gegliedert.

Nach Angaben des African Policing Civilian Oversight Forum liegt die disziplinarische Kontrolle der Polizei in deren eigenen Händen. Es existiert somit keine unabhängige Stelle, die Vergehen der Polizei untersucht. Um Beanstandungen der Bevölkerung entgegenzunehmen, liegen auf jeder Wache öffentliche Beschwerdebücher aus, die aber nur in seltenen Fällen zu einer offiziellen Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft führten. Es ist unklar, ob die Polizei diese Vorgänge selbst behindert oder die Bearbeitung an einer generell unterfinanzierten und unterbesetzten Judikative scheitert. Von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder Human Rights Watch werden regelmäßig von Fällen von Polizeigewalt gegen Demonstrant:innen, aber auch Journalist:innen und Oppositionelle berichtet. Amnesty International zufolge ist die Zivilbevölkerung darüber hinaus regelmäßiger Schikane und Erpressung durch Polizeikräfte ausgesetzt. Mitte 2021 bestätigte eine Untersuchungskommission des Justizministeriums außerdem, dass staatliche Sicherheitskräfte Insassinnen des Ndlavela Frauengefängnis in Maputo sexuell misshandelt und ausgebeutet haben. Diese Missstände sind jedoch angesichts der gravierenden Menschenrechtsverbrechen der Armee im Kampf gegen islamistische Kräfte im Norden des Landes in der öffentlichen Wahrnehmung eher in den Hintergrund gerückt.

Obwohl Mozambique ein bedeutendes Land für Menschen- und Drogenhandel ist und die geographische Lage (weite Landgrenzen, lange Küstenlinie und zahlreiche Inseln) eine erfolgreiche Bekämpfung erschwert, sind die polizeilichen Einheiten zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität schlecht ausgerüstet und ausgebildet.

Nach den Kommunalwahlen im Oktober 2023 kam es zu zahlreichen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei, Demonstrat:innen und der RENAMO, welche Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Wahlergebnisse hatten. RENAMO kündigte an, dass sie sich im Falle eines Wahlbetrugs bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2024 bewaffnen und für einen Krieg vorbereiten würde. Eine erneute Wahlfälschung führte zu den weitreichendsten sozialen Unruhen seit vielen Jahren. Mehr als 300 Menschen kamen bei den Protesten ums Leben, weitere 3.000 wurden verletzt. Auch kam es zu mehreren politisch motivierten Morden. Mosambik stand damit zeitweise erneut am Rande eines Bürgerkriegs. Der Polizei wird unter anderem vorgeworfen, sich an der Einschüchterung von Wahlbeobachter:innen und Oppositionellen beteiligt zu haben und mit unnötiger Gewalt gegen Protestierende vorgegangen zu sein.

Diversität der Streitkräfte

Die Beteiligung von Frauen an den mosambikanischen Streitkräften reicht bis in den Unabhängigkeitskampf gegen die portugiesische Kolonialherrschaft zurück. 1967 gründete die Befreiungsbewegung FRELIMO auf Initiative ihrer weiblichen Mitglieder das sogenannte Destacamento Feminino, eine Fraueneinheit, die insbesondere für Mobilisierung, politische Bildung und Unterstützung der ländlichen Bevölkerung zuständig war. Aus den damit verbundenen Organisationsstrukturen entstand 1973 die Frauenorganisation Organização da Mulher Moçambicana (OMM).

Trotz dieser historischen Rolle sind Frauen in den FADM weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Nach Angaben der Friedrich-Ebert-Stiftung stellen sie lediglich rund 12 % des Personals. Frauen dienen sowohl in Kampf- als auch in Unterstützungsfunktionen, sind jedoch weiterhin vor allem in den Bereichen Verwaltung, Logistik und militärische Gesundheitsversorgung vertreten. Führungs- und Kommandopositionen werden nach wie vor überwiegend von Männern besetzt. Auch das Amt der Verteidigungsministerin wurde bislang nicht von einer Frau bekleidet. Belastbare Daten zu Frauenanteilen in einzelnen Teilstreitkräften oder höheren Dienstgraden liegen öffentlich allerdings nicht vor.

Auch für die Polizei liegen nur eingeschränkt Daten zur Repräsentation von Frauen vor. So soll der Frauenanteil unter Polizeibediensteten im Jahr 2014 bei 12 % gelegen haben. Der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 bzw. der weiteren Women, Peace and Security (WPS-) Agenda verweist jedoch ausdrücklich auf die Notwendigkeit, die Rekrutierung, Beförderung und langfristige Bindung von Frauen in Sicherheits-, Verteidigungs- und Justizinstitutionen zu stärken. So wird ein Frauenanteil in den Sicherheitskräften von 30 % angestrebt.

Auch queere Menschen können seit 2015 grundsätzlich legal Militärdienst leisten. Das Wehrpflichtgesetz verpflichtet Männer und Frauen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren unabhängig von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität zum Wehrdienst. Öffentliche Informationen über spezifische Schutzmechanismen oder Diversitätsrichtlinien für LGBTQIA+-Angehörige der Streitkräfte sind jedoch nicht verfügbar.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](#)).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	https://treaties.un.org
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba von 2006	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Mosambik ist einigen wichtigen Abrüstungs- bzw. Rüstungskontrollverträgen nicht beigetreten. Dazu gehören viele der älteren Abkommen zur Begrenzung von Massenvernichtungswaffen wie etwa das Chemiewaffenprotokoll oder der partielle atomare Teststopp Vertrag von 1963. Da Mosambik aber keine Atomwaffen besitzt und dem Non-Proliferationsvertrag beigetreten ist, deutet dies nicht auf ein fehlendes Bekenntnis zur Rüstungskontrolle hin. Auch ratifizierte die Republik 2008 den Vertrag von Pelindaba, der als wichtigster regionaler Vertrag im Bereich der nuklearen Rüstungskontrolle gilt. Es fehlen aber der Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und die Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken. Noch schwerer wiegt, dass das Land die Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen nicht unterzeichnet hat. Alle anderen Konventionen zur konventionellen Rüstungskontrolle hat Mosambik jedoch unterzeichnet. Dem Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, ATT), welcher den internationalen Handel mit konventionellen Waffen regeln soll, trat Mosambik 2021 bei. Es unterzeichnete zudem das Firearms Protocol der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (Southern African Development Community, SADC).

Weder von Seiten der UN noch der EU bestehen derzeit Sanktionen gegen Mosambik.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 3

Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026

Mozambique's human rights situation in 2025 was marked by the intensifying conflict in Cabo Delgado, food insecurity, and violent repression of post-election protests. The Cabo Delgado conflict led to more displacement, with those forced from their homes struggling to access healthcare services and humanitarian aid. The Islamic State (ISIS) linked armed group, Al-Shabab, ramped up abductions of children in the region. The violence, after the contested October 2024 elections, continued with security forces using lethal force and arbitrarily arresting protesters. From October 2024 to March 2025, unidentified gunmen, some wearing security force uniforms, shot dead at least 10 opposition party officials. There is still no accountability despite the Attorney General starting a hearing into the police's involvement in the abuses during the post-election crackdown.

Quelle: Human Rights Watch, World Report 2026: Mozambique
<https://www.hrw.org/world-report/2026/country-chapters/mozambique>

Box 4**Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2025**

Police increasingly used excessive and unnecessary force to repress protests, particularly those held by opposition members and supporters, resulting in at least 277 deaths. The rights to freedom of expression and peaceful assembly were severely undermined; journalists faced intimidation, harassment, threats and attacks. At least 20 civilians were killed by armed groups and a government militia in the conflict in Cabo Delgado province. Police failed to protect people from kidnappings by criminals.

Quelle: Amnesty International Report 2025

<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/8515/2025/en/>

Box 5**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026**

Bewertung für Mosambik auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 29/60

Politische Rechte: 13/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (42/100)

Die Bewertung von Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 6**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2026**

The ruling Front for the Liberation of Mozambique (FRELIMO) has maintained unbroken incumbency before and since the first multiparty elections in 1994, allowing it to establish significant control over state institutions. The opposition has disputed the results of recent elections, with severe postelection violence erupting in 2024. Hundreds of thousands of people have been internally displaced due to an ongoing Islamist insurgency in Cabo Delgado. Mozambique also struggles with corruption, and journalists who report on it and other sensitive issues risk violent attacks.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/mozambique/freedom-world/2026>

Kommentar

Mit Ausnahme des sogenannten Sozialpaktes (Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) ist Mosambik allen nennenswerten UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten. Freedom House schätzt Mosambik als „teilweise frei“ ein.

Dennoch hat sich im Verlauf der letzten Jahre die Menschenrechtslage im Land verschlechtert. Seit den ersten Wahlen im Mehrparteiensystem 1994 gewann die FRELIMO jede Wahl mit absoluter Mehrheit. Nationale und internationale Beobachter:innen prangerten immer wieder Betrug beim Verfahren an. Auch der vorletzte Wahlkampf 2019 wurde nach

Freedom House von Gewalt gegen oppositionelle Aktivist:innen und Politiker:innen überschattet und auch im jüngsten Wahlkampf (2024) kam es zu politisch motivierten Tötungen und schweren Ausschreitungen. Aber nicht nur in Wahlkampfzeiten schränken staatliche Autoritäten die Aktivitäten der Zivilgesellschaft ein. Die fast uneingeschränkte Macht der FRELIMO prägt das politische System des Landes. Obwohl konstitutionell zugesichert, werden friedliche Proteste der Opposition immer wieder verhindert. In einigen Fällen ging die Polizei gewaltsam gegen Demonstrierende vor, berichtet Amnesty International, in anderen Fällen waren es andere Sicherheitskräfte. Auch bei den Regionalwahlen im Oktober 2023 wurden Oppositionelle im Vorfeld teilweise verhaftet und es kam zu Einschüchterungen und anderen Irregularitäten in Wahllokalen.

Die Beziehung zwischen Zivilbevölkerung und staatlichen Sicherheitskräften verschlechterte sich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich (vgl. auch Kapitel „[Rolle des Militärs in der Gesellschaft](#)“). Sicherheitsorgane sind oft verantwortlich für (sexualisierte) Gewalt, das Verschwinden von Menschen und Folter. Dem Erstarken islamistischer Gruppen in der Cabo Delgado Provinz trat der Staat mit Counter-Insurgency-Maßnahmen entgegen. Im Zuge dessen mehrten sich die Berichte über Menschenrechtsverletzungen in der Region sowohl durch staatliche Kräfte als auch durch das von der Regierung angeheuerte private Sicherheitsunternehmen Dyck Advisory Group. Folter und außergerichtlichen Tötungen von Verdächtigen sind weit verbreitet. Sowohl den Armed Forces of Mozambique (FADM), als auch der nationalen Polizei (PRM) und der Rapid Intervention Unit (UIR) wird dies vorgeworfen. Dabei richtet sich die Gewalt der staatlichen Kräfte zunehmend auch gegen Journalist:innen und zivilgesellschaftliche Aktivist:innen. Die mangelnde Strafverfolgung von nationalen Sicherheitskräften ist ein großes Problem, das zur Fortsetzung unverhältnismäßiger, unrechtmäßiger und willkürlicher Gewalt führt.

Auch bei der Pressefreiheit ist ein Abwärtstrend zu beobachten. So liegt Mosambik im Pressefreiheitsindex von Reporter ohne Grenzen 2024 nur noch auf Platz 101 von 180. Die Dominanz der staatlichen Medien ist groß und insbesondere in ländlichen Gebieten ist der (Behörden-)Druck auf Journalist:innen hoch. Berichte über sensible Themen wie die Sicherheitslage im Norden des Landes oder die weit verbreitete Korruption können Geld- oder Haftstrafen für unabhängige Journalist:innen nach sich ziehen, gegen die die staatlichen Sicherheitskräfte immer wieder auch gewaltsam vorgehen. Während der Ausschreitungen nach den Wahlen im Oktober 2024 wurden Berichterstatter sowohl von Sicherheitskräften als auch von Aktivisten gewaltsam attackiert. Fünf Medienschaffende mussten im Krankenhaus behandelt werden. Mehrere Journalist:innen wurden verhaftet und der Internetzugang häufig unterbrochen.

Ethnische Minderheiten nehmen uneingeschränkt am politischen Leben teil und Angehörige verschiedener ethnischer Gruppen bekleiden hochrangige Regierungspositionen. Allerdings sind Menschen mit Albinismus nach wie vor Diskriminierung, Verfolgung und Gewalt ausgesetzt.

Geschlechtsspezifische Gewalt

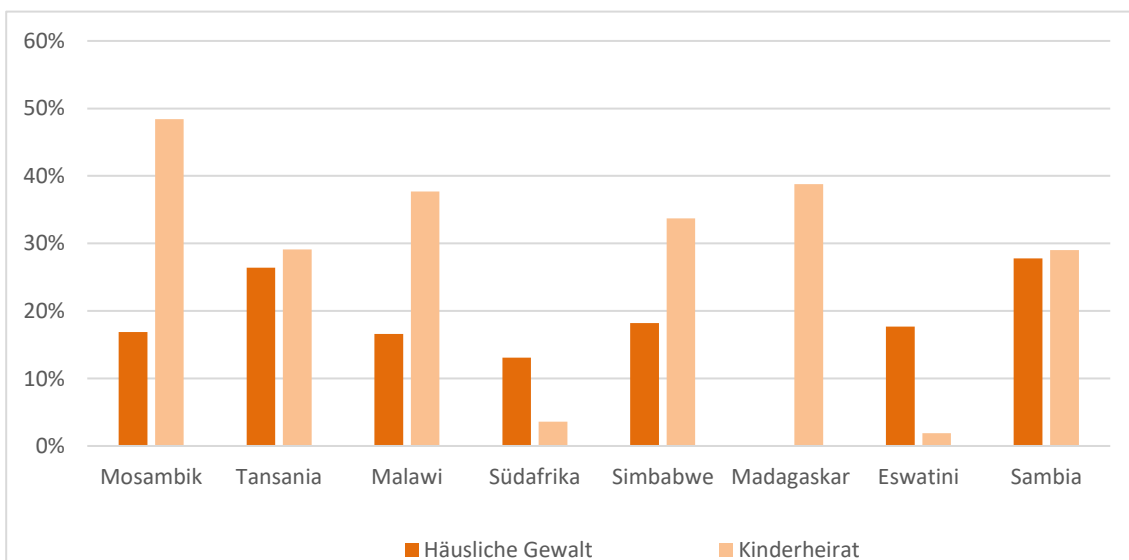
Im Zuge des Konflikts in Cabo Delgado haben eine Millionen Menschen keinen angemessenen Zugang zu Nahrung, Wasser, Bildung und Gesundheitsversorgung. Insbesondere Frauen sind sexualisierter Gewalt ausgesetzt, die Vertreter staatlicher Stellen im Rahmen von Registrierungen oder bei der Verteilung von Nahrungsmitteln ausüben.

Geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt sind landesweit weit verbreitet und bleiben häufig straflos. Nach Angaben des United Nations Population Fund haben 23,6 % der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren mindestens einmal in ihrem Leben körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch einen Intimpartner erlebt. Die 12-Monatsprävalenz liegt demnach bei 16,9 %. Die Zahl der gemeldeten Fälle geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV), insbesondere von Tötungsdelikten, steigt. Bis September 2025 registrierte die lokale Frauenrechtsorganisation „Observatorio da Mulher“ mindestens 43 Femizide und 42 Vergewaltigungen an Frauen und Mädchen. Die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher liegen. Früh- und Zwangsehen bleiben insbesondere in ländlichen Regionen weit verbreitet: 48,4 % der 20 bis 24-jährigen Frauen wurden bereits vor Vollendung ihres 18. Lebensjahrs verheiratet; 12,9 % sogar vor Vollendung des 15. Lebensjahres. Trotz der hohen Verbreitung von Kinderehen existiert kein spezifisches Gesetz, das diese unter Strafe stellt. Das Strafgesetzbuch stellt Vergewaltigung, häusliche Gewalt und andere Formen der GBV unter Strafe, nennt jedoch Femizid und Vergewaltigung in der Ehe nicht ausdrücklich als eigenständige Straftatbestände. Mosambik legalisierte 2014 Schwangerschaftsabbrüche unter bestimmten Bedingungen. Eine qualifizierte medizinische Fachkraft muss den Eingriff mit Zustimmung der Frau durchführen. Auf ausdrücklichen Wunsch der Frau muss der Abbruch innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen erfolgen. Neben Südafrika zählt Mosambik damit zu den wenigen Ländern der Region, die Abtreibungen erlauben.

Im regionalen Vergleich gilt Mosambik als relativ wenig LGBTQIA+-feindlich. Der Staat entkriminalisierte Homosexualität 2015, und gewalttätige Übergriffe gegen LGBTQIA+-Personen treten vergleichsweise selten auf. Dennoch schränkt die Rechtslage die Rechte sexueller Minderheiten weiterhin ein und Diskriminierung bleibt verbreitet.

Schaubild 5

Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region: Prävalenz häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %



Häusliche Gewalt meint hier physische und/oder sexuelle Gewalt durch aktuelle oder vergangene Intimpartner innerhalb der letzten 12 Monate (unter 15-49-jährigen Frauen); Kinderheirat bezieht sich auf unter 18-jährige Mädchen.

Quelle: United Nations Population Fund; <https://www.unfpa.org/data>

Innere Lage im Empfängerland

Box 7

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas der Bertelsmann Stiftung 2024

A new electoral cycle will begin with municipal elections in October 2023, followed in 2024 by presidential, parliamentary and provincial governor elections, as well as Mozambique's first-ever district elections. However, there have been no preparations thus far to establish elected bodies at the district level. Therefore, it is uncertain whether the FRELIMO government will uphold its commitment to the 2019 peace agreement it contracted with the RENAMO Party, Mozambique's main opposition party. The FRELIMO Party dominates all spheres of life, with space for opposing voices progressively shrinking. Holding an absolute majority in parliament, FRELIMO has marginalized opposition parties and deprived them of the financial resources that attend parliamentary representation. Rumors still prevail concerning a potential third term for President Nyusi, who reinstated himself as FRELIMO president in 2022 with an orchestrated vote and 100% majority. While established opposition parties struggle for their political future, the ruling party has embarked on a generational change, the direction of which still remains opaque. Although the intervention of Rwandan and South African Development Community (SADC) security forces allowed for stabilization of the security situation in Cabo Delgado, the terrorist threat is far from over. The Islamist insurgents have changed tactics, dividing into more cells and moving into neighboring provinces, where they continue to terrorize the local population. Following an ambush that resulted in the killing of the leader of a RENAMO splinter group, the remaining RENAMO militants under arms have commenced their Disarmament, Demobilization and Reintegration (DDR) process.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/MOZ>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2024)

Im Jahresbericht 2024 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Mosambik 25 von 100 möglichen Punkten (2023: 25 Punkte). Damit erzielt es genauso viel Punkte wie Guatemala oder Kirgistan. Deutschland erzielte 75 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2024>

Spannungen und innere Konflikte

Mosambik erlangte 1975 nach einem elf Jahre währenden bewaffneten Kampf der FRELIMO die Unabhängigkeit von Portugal. Aufbauend auf ihrer entscheidenden Rolle im Befreiungskampf übernahm FRELIMO nach der Unabhängigkeitserklärung die Regierung und wollte ein sozialistisches Ein-Parteien-System errichten. Diesen Plänen widersetzte sich die antikommunistische RENAMO militärisch. So entbrannte 1977, nur zwei Jahre nach dem Erlangen der Unabhängigkeit, ein blutiger Bürgerkrieg, der erst 1992 durch ein Friedensabkommen zwischen den Konfliktparteien beendet werden konnte und dessen Folgen das Land bis heute prägen. Der 15-jährige Gewaltkonflikt hatte die physische und soziale Infrastruktur des Landes großflächig zerstört und beiden Seiten wurden schwere Menschenrechtsverbrechen wie u. a. der Einsatz von Personenminen und Kindersoldat:innen vorgeworfen. Wie zerbrechlich der ausgehandelte Frieden war, zeigte sich spätestens 2013, als nach politischen

Spannungen neue Kämpfe zwischen FRELIMO und RENAMO ausbrachen. Nach mehreren gescheiterten Abkommen und wiederholtem Aufflammen der Gewalt konnte 2019 ein erneutes Friedensabkommen zwischen den Parteien erreicht werden. Dennoch wurde auch dies regelmäßig durch eine RENAMO-Splittergruppe, der RENAMO Military Junta (RMJ), die sich einer Demobilisierung widersetzte, verletzt. Noch im August und September 2020 übte die Gruppe mehrere Attacken gegen Zivilist:innen in Zentral-Mosambik, bei denen mehrere Dutzend Menschen ums Leben kamen. Im Oktober 2021 wurde ihr Anführer Mariano Nhongo offiziellen Angaben zufolge während einer Militäroperation getötet. Obwohl es seitdem zu keinen weiteren Angriffen kam, bleibt die Gruppe unter neuer Führung aktiv.

2015 etablierte sich im marginalisierten Norden des Landes, insbesondere in der nordöstlichen Cabo Delgado-Provinz, eine zunächst friedliche islamistische Bewegung, lokal oft als al-Shabab oder Al-Sunna wa Jama'a (ASWJ) bezeichnet. Die Provinz war trotz reicher natürlicher Ressourcen lange durch die FRELIMO-geführte Zentralregierung sozio-ökonomisch vernachlässigt worden. So fand die Gruppe unter der mehrheitlich muslimischen Bevölkerung schnell Zulauf, radikalisierte sich aber nach Kontakten zu den regionalen Ablegern des sog. Islamischen Staates zunehmend. Die Bewegung, deren Gewaltbereitschaft ebenfalls wuchs, wird seitdem auch als ISIS-Mozambique bezeichnet. Seit 2017 griff sie zunächst in erster Linie Zivilist:innen an, mit steigenden operationellen Kapazitäten jedoch auch Ziele der Regierung sowie Polizei- und Militärposten. Da die mosambikanischen Streit- und Sicherheitskräfte dem wenig entgegenzusetzen hatten, konnte die Gruppe ganze Gebiete der Provinz, etwa 2020 die Stadt Mocímboa da Praia, unter ihre Kontrolle bringen. Am 24. März 2021 startete sie einen viertägigen Angriff auf die Stadt Palma, in dessen Verlauf mindestens 87 Menschen getötet wurden. Mehr als 88.000 Menschen flohen aus der Stadt. Dies zeigte einmal mehr, dass die mosambikanischen Sicherheitskräfte nicht in der Lage waren, die Bevölkerung vor der Gewalt von ISIS-Mozambique zu schützen. Als Reaktion auf diesen massiven Angriff entsandten Ruanda und die Southern African Development Community (SADC), der 16 Staaten des südlichen Afrikas angehören, im Juli 2021 mehr als 3.000 Soldat:innen in die Provinz. Innerhalb kurzer Zeit konnten so die zentralen Stützpunkte der Gruppe zerschlagen und wichtige besetzte Territorien zurückgewonnen werden. Dennoch setzen kleinere islamistische Gruppierungen Attacken in zentralen, nördlichen und küstennahen Teilen der Cabo Delgado Provinz fort. Trotz des militärischen Sieges ist mit ihrem weiteren Agieren aus dem Untergrund zu rechnen, wie auch erste Angriffe mit unkonventionellen Sprengvorrichtungen (improvised explosive devices, IEDs) zeigen. Dies macht deutlich, dass selbst der Einsatz von ausländischen Truppen die Gruppe nur bedingt in Schach halten, geschweige denn den Konflikt lösen kann, solange nicht die ihm zugrunde liegenden sozialen, politischen und ökonomischen Ursachen adressiert werden. Im Verlauf des Konflikts, unter dessen direkten und indirekten Folgen insbesondere die Zivilbevölkerung leidet, wurden bisher mindestens 3.700 Menschen getötet und 800.000 zur Flucht gezwungen. Dabei wird nicht nur ASWJ für gezielte Tötungen und Anschläge, Zwangsrekrutierungen oder die Verschleppung und Versklavung von Frauen, sondern auch den mosambikanischen Streitkräften wird immer wieder der Einsatz von massiver, willkürlicher Gewalt gegen Zivilist:innen vorgeworfen.

Die humanitäre Lage verschlechterte sich 2024 weiter, da der Konflikt in der Provinz Cabo Delgado und die schwere Dürre in der Region des südlichen Afrikas zu weitreichenden Vertreibungen führte. Der Konflikt hatte weiterhin erhebliche Auswirkungen auf die öffentlichen Gesundheitsdienste, insbesondere durch die Zerstörung von

Gesundheitseinrichtungen durch bewaffnete Gruppen, was den Zugang der Bevölkerung zu grundlegender Gesundheitsversorgung stark beeinträchtigte.

Die Konfliktparteien setzten vermehrt Sprengsätze ein, durch die Zivilist:innen und Angehörige der Sicherheitskräfte getötet wurden. Im Juni kamen mindestens fünf Menschen bei Zwischenfällen mit Sprengsätzen im Bezirk Mocímboa da Praia in Cabo Delgado ums Leben. Die Mission der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) in Mosambik (SAMIM) endete im Juli. Im selben Monat zwang eine neue Welle tödlicher Angriffe der mit dem Islamischen Staat (ISIS) verbundenen Gruppe, die lokal als Al-Shabab oder Mas-hababos bekannt ist, in den Distrikten Chiure, Macomia und Nangade Tausende von Menschen zur Flucht.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Mosambik liegt im südlichen Afrika am Indischen Ozean und grenzt im Norden an Tansania, Malawi und Sambia, im Westen an Simbabwe und im Süden an Eswatini und Südafrika. Mit einer Fläche von 801.590 km² rangiert Mosambik auf Rang 34 der größten Länder Welt. Das Land erlangte erst nach der sog. Nelkenrevolution 1975 in Portugal seine Unabhängigkeit. Noch heute ist Portugiesisch Amtssprache, wobei über 40 Sprachen im Land gesprochen werden. Die größten Bevölkerungsgruppen gehören Bantuvölkern wie den Makua und Tsonga an. Das Land ist administrativ in insgesamt elf Provinzen und 141 Distrikte gegliedert, die sehr unterschiedlich entwickelt sind. So besteht ein deutliches ökonomisches und soziales Gefälle zwischen den südlichen Provinzen – insbesondere der Hauptstadt Maputo und der sie umgebenden gleichnamigen Region – sowie den nördlichen Provinzen wie Cabo Delgado oder Tete. Deren Vernachlässigung spiegelt sich auch im aktuellen Konflikt zwischen den al-Shabab Milizen und staatlichen Sicherheitskräften wider.

Politische Situation in der Region

Die Region des südlichen Afrikas war politisch lange Zeit durch den Konflikt zwischen den Apartheidregimen in Südafrika und Rhodesien sowie den Befreiungsbewegungen in den Nachbarländern geprägt, die ab 1975 schrittweise die Macht übernahmen. Während Südafrika und Rhodesien damals die oppositionelle, konservative RENAMO-Bewegung in Mosambik unterstützten, verbesserten sich die Beziehungen zwischen den Staaten mit der Machtübernahme der ZANU-PF in Simbabwe und des African National Congress (ANC) in Südafrika in den Jahren 1980 bzw. 1994 deutlich. Diese Normalisierung wurde auch durch die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (Southern African Development Community – SADC) gefördert, der alle Länder der Region angehören, darunter Südafrika, Eswatini, Simbabwe, Sambia, Malawi, Mosambik und Tansania. Ziel der Regionalorganisation ist es, Handelshemmnisse abzubauen sowie Entwicklungs- und Sicherheitskooperation zu stärken.

Trotz der Zusammenarbeit innerhalb der SADC und der Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft kämpfen viele Staaten der Region weiterhin mit anhaltenden, teils gewaltsamen innerstaatlichen Konflikten. Südafrika zählt seit Jahren zu den Ländern mit der höchsten ökonomischen und sozialen Ungleichheit weltweit. Diese entlädt sich zunehmend in Gewalt, insbesondere gegen Migrant:innen, denen häufig die Verantwortung für

wirtschaftliche Unsicherheit, Kriminalität und das Versagen staatlicher Dienstleistungen zugeschrieben wird. Diese Unzufriedenheit trug dazu bei, dass der ANC bei den Wahlen 2024 erstmals seit dem Ende der Apartheid seine parlamentarische Mehrheit verlor. In der Folge bildete sich eine Koalitionsregierung aus dem ANC, der Democratic Alliance (DA) sowie mehreren kleineren Parteien, darunter der Pan Africanist Congress (PAC) und die Afrikaner Nationalist Freedom Front Plus. Ob diese Koalition in der Lage sein wird, zentrale Herausforderungen wie extreme soziale Ungleichheit und hohe Arbeitslosigkeit wirksam anzugehen, bleibt abzuwarten.

Das andere große Nachbarland Mosambiks, Tansania, erlebte nach den Präsidentschaftswahlen 2025 eine massive Protestwelle, die von den Sicherheitskräften gewaltsam niedergeschlagen wurde. Die Demonstrationen richteten sich gegen die Wiederwahl von Präsidentin Samia Suluhu Hassan, die offiziell 97,66 Prozent der Stimmen erhielt, nachdem die beiden größten Oppositionsparteien von der Wahl ausgeschlossen worden waren. Die Regierung reagierte mit Repressionen und einer zeitweisen Internetsperre, die die Berichterstattung stark einschränkte. Dabei kamen Hunderte, nach höheren Schätzungen sogar Tausende Demonstrierende ums Leben. Die Ereignisse markieren einen Wendepunkt im Regierungsstil der seit Jahrzehnten dominierenden Partei Chama Cha Mapinduzi, deren politische Legitimität zunehmend durch Repression statt durch gesellschaftliche Zustimmung abgesichert wird.

Auch die Nachbarländer Sambia, Simbabwe und Eswatini werden autoritär regiert. Regimekritiker:innen, Journalist:innen und politische Oppositionelle sind dort regelmäßig Unterdrückung, Inhaftierung und Verfolgung durch Sicherheitsbehörden ausgesetzt. Auf dem Fragile State Index belegte Mosambik 2023 Rang 21, Simbabwe Rang 16 von 179 Staaten. Kaum besser ist die Lage in Malawi (Platz 43), Eswatini (Rang 58) und Sambia (Rang 50). Zudem stuft Freedom House die meisten Länder der Region als lediglich „partly free“ ein, darunter Mosambik, Malawi, Eswatini, Simbabwe und Tansania. Politischer Wettbewerb ist in diesen Staaten meist nur eingeschränkt vorhanden: In Mosambik regiert seit der Unabhängigkeit die FRELIMO, in Simbabwe die ZANU-PF, in Tansania die Chama Cha Mapinduzi, in Südafrika der ANC, während Eswatini eine absolute Monarchie ohne politischen Wettbewerb ist.

Grenzkonflikte

Es liegen keine Informationen über Grenzkonflikte mit Nachbarstaaten vor.

Regionale Rüstungskontrolle

Mozambik ist seit 2008 dem vermutlich wichtigsten regionalen Rüstungskontrollvertrag, dem sog. Vertrag von Pelindaba, beigetreten. Das Abkommen zielt darauf ab eine Nuklearwaffen-freie Zone auf dem Afrikanischen Kontinent zu schaffen. Neben diesem, hat Mozambik auch das Firearms Protocol der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (Southern African Development Community, SADC) unterzeichnet. Dieses 2001 in Kraft getretene Instrument soll den legalen grenzüberschreitenden Handel mit Feuerwaffen innerhalb der Region reglementieren und die illegale Herstellung von Waffen und Munition sowie deren Verbreitung in der Region bekämpfen. Mozambik hat zudem die Bamako Erklärung über einen gemeinsamen afrikanischen Standpunkt zur unerlaubten Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen der Afrikanischen Union unterzeichnet.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im Rahmen der EUMAM Mosambik Mission sind belgische (2 Soldat:innen), estnische (1 Soldat:in), finnische (5 Soldat:innen), französische (2 Soldat:innen), griechische (15 Soldat:innen), italienische (6 Soldat:innen), litauische (2 Soldat:innen), portugiesische (50 Soldat:innen), rumänische (6 Soldat:innen), spanische (2 Soldat:innen) und österreichische (1 Soldat:in) in Mosambik stationiert. UMAM Mosambik unterstützt die Schnelle Eingreiftruppe (QRF) der Forças Armadas de Defesa de Moçambique (FADM) dabei, bis spätestens Juni 2026 einen nachhaltigen Einsatzzyklus im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht zu erreichen. Dabei werden Beratung, Mentoring und spezialisierte Schulungen kombiniert.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Mosambik ist allen relevanten Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten, seit es am 25. September 2024 auch die Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus ratifizierte. Diese war bereits 2006 unterzeichnet worden. Mosambik selbst verfügt zwar über keinerlei Kernkraftwerke oder Forschungsreaktoren, besitzt jedoch eine

Uranmine, die im Zuge der Ratifizierung besonders gesichert werden musste, was eine Ratifikation – allem Anschein nach – bisher verhinderte hatte.

Mosambik ist seit 2017 zunehmend Ziel von terroristischen Anschlägen von Ansar al-Sunna und sich zum sog. Islamischen Staat in der Großsahara bekennenden Kämpfer:innen aus Tansania. So berichtet ACLED zwischen 2021 und 2022 von zwölf Bombenanschlägen und 160 Fällen von Gewalt gegen Zivilist:innen, die auf das Konto von nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen gehen und zu 387 Todesopfern führten. Als besonders schwere Anschläge bzw. Angriffe führt der Country Report on Terrorism 2020 des US Department of State jene auf Xitaxi im Muidumbe Distrikt am 8. April 2020 sowie auf Mocímboa da Praia zwischen dem 9. und 11. April desselben Jahres an. Bei ersterem wurden zwischen 50 und 70 Zivilist:innen durch Islamist:innen getötet. Bei zweiterem wurden zwischen 60 und 90 Sicherheitskräfte getötet und mehr als 100 Personen verletzt. Weitere 40 gelten als vermisst. Mit dem Angriff gewannen die Islamisten:innen auch zeitweise die Kontrolle über die Stadt. Auch der Bericht von 2022 listet eine Reihe terroristischer Anschläge durch ISIS-M – im Global Terrorism Index belegt Mozambique auch im Jahr 2025 entsprechend einen sehr hohen Rang (Platz 15 von 163). Der Index verzeichnet mit einem Anstieg von 41 Toten für Mosambik den sechstärksten Anstieg von Todesfällen durch Terrorismus weltweit.

Bisher antwortet die Regierung in Maputo überwiegend auf militärischem Wege auf die terroristische Bedrohung. Um auch präventiv tätig zu werden haben Tansania und Mosambik Anfang 2022 ein Programm zur Deradikalisierung von Jugendlichen in den südlichen Provinzen Tansanias und der Cabo Delgado Provinz Mosambiks gestartet. Dies soll verhindern, dass sich Jugendliche aufgrund von Arbeits- und Perspektivlosigkeit islamistischen Milizen anschließen. Im Mai 2020 wurden parallel jedoch auch die Anti-Terror Gesetze verschärft. Diese sehen nun bis zu 24 Jahren Haft für schuldig gesprochene Terrorist:innen vor. Bis zu acht Jahren Haft sollen für Personen anfallen, die wissentlich falsche Informationen veröffentlichten, nach denen Terrorist:innen handeln (könnten). Viele sehen darin – je nach Auslegung des Gesetzes - eine Bedrohung für Medienschaffende.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Mosambik ist allen relevanten internationalen Abkommen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung beigetreten. Nichtsdestotrotz stellt internationale organisierte Kriminalität ein großes Problem für das Land dar. Bedingt durch seine Lage am Indischen Ozean und den im Vergleich zu Südafrika schwachen Grenzkontrollen stellt Mosambik schon lange ein Transitland für diverse illegale Güter aus und in die Nachbarländer dar. Hohe Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und bis in die höchsten Ämter verbreitete Korruption stellen weitere Faktoren dar, die dazu beitragen, dass organisierte Kriminalität in Mosambik endemische Ausmaße annimmt. So belegt Mosambik 2022 den 142. von 180 Rängen des Corruption Perception Indexes von Transparency International und den 27. von 193 Plätzen im Organized Crime Index (2025). Insbesondere in den marginalisierten Gebieten des Nordens ist laut einer aktuellen Studie der Global Initiative against Transnational Organized Crime Schmuggel und illegaler Handel so verbreitet, dass die Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Geschäften dort rein akademisch sei. Insbesondere Mocímboa da Praia gilt als Drehscheibe rechtswidrigen Handels: Ausgeführt werden illegal geschlagene Tropenhölzer, Rubine und Diamanten oder Elfenbein. Im Gegenzug werden überwiegend Drogen wie Heroin, Kokain oder Methamphetamin ins Land und auf den Kontinent gebracht. Zu den gehandelten Waren gehören auch Waffen. So kam der Großteil der 2009 in Malawi konfiszierten illegalen Waffen (Ak-47 Sturmgewehre und Makarov Pistolen) laut Polizeiangaben über Mosambik ins Land.

Menschenhandel ist in Mosambik stark verbreitet. So werden nach Angaben des Trafficking in Persons Berichts 2021 des US Department of State u. a. Kinder unter Komplizenschaft von Familienmitgliedern verkauft und anschließend zu Zwangsarbeit in der Landwirtschaft, in Minen oder auf Märkten in ländlichen Gebieten gezwungen. Menschenhändlerlinge locken auch Migrant:innen aus Nachbarländern mit Versprechen für Bildungszugänge ins Land und zwingen sie anschließend zur Prostitution. In der Bekämpfung des Menschenhandels erfüllt das Land nicht einmal die Minimalstandards. So hat die Regierung seit acht Jahren keinen Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels vorgelegt; diesbezügliche Ermittlungen und Verurteilungen gingen zudem im Vergleich zum Vorjahr zurück.

Die Nationale Kriminalpolizei (Serviço Nacional de Investigação Criminal, SERNIC), welche dem Innenministerium untersteht, ist in Mosambik für die Bekämpfung organisierter Kriminalität zuständig. Hier ist auch die nationale Zentralstelle Interpols angesiedelt, über die SERNIC mit Interpol kooperiert. Unterstützt wird SERNIC außerdem über das UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UN-Office on Drugs and Crime, UNODC) und das Bureau of International Narcotics and Law Enforcement Affairs (INL) des US-State Department. Ziel dieser Kooperationen ist es insbesondere die Sicherheit im Seeverkehr zu erhöhen und Mosambik zu befähigen den Drogen- und Wildtierschmuggel effektiver zu bekämpfen. Dazu sollen auch die Kapazitäten der zivilen Strafverfolgungsbehörden und des Justizsystems erhöht werden, um in Fällen von Seekriminalität rechtsstaatliche Verfahren durchführen zu können. In Zukunft soll Mosambik zudem Unterstützung auf der Partnership for Regional East Africa Counterterrorism (PRACT), einem 2009 gestarteten Programm des US Department of State, erhalten.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Mosambik hat 2004 zum ersten Mal einen Bericht gegenüber dem UN-Register für konventionelle Waffen (UN-Register of Conventional Arms, UNROCA) eingereicht. Es folgten unregelmäßig weitere Berichte 2005, 2006 und schließlich 2011. Exporte wurden in keinem dieser Berichte verzeichnet. Zu einigen als Exporte in Berichten anderer Länder angegebenen Transfers existieren keine Angaben von Seiten Mosambiks. Auch im Rahmen des UN-Melderegisters für Militärausgaben übermittelte das Land keine Daten.

Da Mosambik den Waffenhandelsvertrag (ATT) im Jahr 2018 ratifizierte hätte es einen Initialbericht bis 2020 einreichen sollen, was allerdings nicht geschah. Auch wurde bisher kein Jahresbericht eingereicht. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtete Mosambik zwischen 2005 und 2016 regelmäßig, seither jedoch nicht mehr.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Der Waffenhandel in Mosambik wird maßgeblich durch historische Konflikte und unzureichende Entwaffnungs- und Demobilisierungsprogramme begünstigt. Illegale Schusswaffen sind weiterhin weit verbreitet, wobei Häfen wie Nacala und Beira als zentrale Einfuhrpunkte für geschmuggelte Waffen gelten. Zudem sind korrupte Angehörige der Sicherheitskräfte in den Handel involviert, unter anderem durch die Vermietung von Schusswaffen an kriminelle Gruppen. Der illegale Waffenhandel ist eng mit Wildereinetzwerken verknüpft; insbesondere AK-47- und SKS-Gewehre werden in großem Umfang für die illegale Jagd eingesetzt. Auch Rebellengruppen in der Provinz Cabo Delgado sind seit Langem auf den Waffenhandel angewiesen, beschaffen sich ihre Waffen jedoch zunehmend durch direkte Überfälle auf staatliche Sicherheitskräfte.

Insbesondere der Norden Mosambiks hat sich zu einer wichtigen Drehscheibe des illegalen Waffenhandels entwickelt. Aufgrund schwacher Grenzkontrollen fungiert das Land dabei in erster Linie als Transitstaat, sodass es sich in der Regel nicht um Wiederausfuhren handelt. Entsprechend finden sich in der iTrace-Datenbank von Conflict Armament

Research, die Fälle illegaler Wiederausfuhr dokumentiert, bislang keine Einträge zu Mosambik. Dennoch kann eine illegale Wiederausfuhr – insbesondere vor dem Hintergrund des hohen Korruptionsniveaus – nicht ausgeschlossen werden.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 8

Auszug aus dem Transformationsatlas der Bertelsmann Stiftung 2024

The economy is, despite further setbacks caused by cyclones in 2021 and 2022, on its way to recovery. According to the first estimates, GDP growth increased to 4% in 2022. If Liquefied Natural Gas (LNG) projects develop further, the economy could grow by 7% in 2024. Despite a tight monetary policy, inflation remained notably high at 10.3% in 2022. A gradual decline in government debt has occurred. Although it was still at 120% of GDP in 2020, by 2022 it had decreased to 111.6%. However, this reduction is not due solely to the government's debt service but also reflects a growth in GDP. FDI flows have increased, and donors have begun to provide support again. Nevertheless, Mozambique remains one of the least developed countries in the world. Over 60% of its population lives in extreme poverty. It ranks 185th (out of 191 countries) on the Human Development Index, which trended downward in 2019. As in the past, economic growth does not reach communities in need and does not trigger development, as policies lack coherence and coordination and legal frameworks are insufficiently implemented.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/MOZ>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)

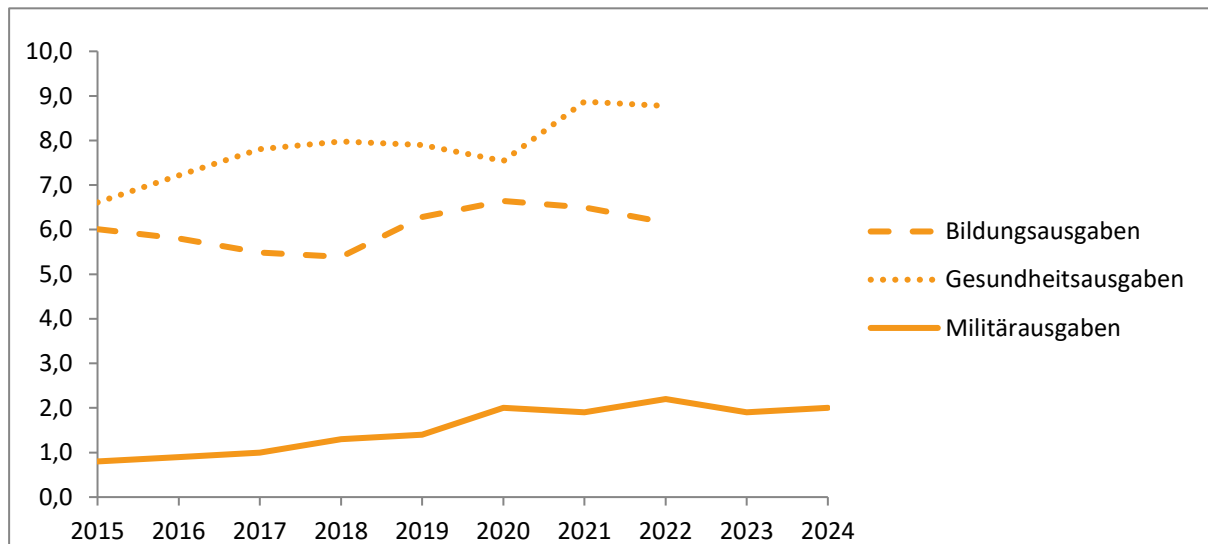
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	395	374	446	404	435
Militärausgaben/BIP	2,0	1,9	2,2	1,9	2,0
Gesundheitsausgaben/BIP	7,5	8,9	8,8	-	-
Bildungsausgaben/BIP	6,6	6,5	6,2	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	54212	58664	62668	64384	66848
Anteil am BIP (in Prozent)	349,5	412,1	387,6	341	319
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	1178,36	1227,82	1304,12	1201,86	-
Net ODA (Prozent of GNI)*	7,24	8,38	8,25	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	49,81	95,64	91,51	80,91	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	87,3	83,8	83,7	78,3	79,4
Index-Platzierung	90	92	91	103	100

Tabelle 19**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2020	2021	2022	2023	2024
Malawi	Militarisierungswert	55,6	52,4	57,7	63,2	59,8
	Index-Platzierung	135	133	126	120	127
Tansania	Militarisierungswert	71,6	70,9	65,8	66,5	64,7
	Index-Platzierung	112	113	113	114	122
Sambia	Militarisierungswert	67,1	62,9	66,1	70,4	69,9
	Index-Platzierung	120	123	112	107	111
Simbabwe	Militarisierungswert	91,9	109,4	89,6	61,3	68,4
	Index-Platzierung	83	58	86	124	113
Eswatini	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Südafrika	Militarisierungswert	68,2	64,3	63,6	61,6	59,7
	Index-Platzierung	118	119	116	123	129

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<http://gmi.bicc.de/index.php?page=ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2020	2021	2022	2023	2024
Tansania	Militärausgaben (absolut)	728	786	875	946	966
	Militärausgaben/BIP	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2
Malawi	Militärausgaben (absolut)	110	100	125	150	136
	Militärausgaben/BIP	0,8	0,7	0,9	1,2	1,0
Südafrika	Militärausgaben (absolut)	3430	3089	3059	2876	2694
	Militärausgaben/BIP	1,0	0,8	0,8	0,8	0,7
Simbabwe	Militärausgaben (absolut)	1415	2591	2302	870	1320
	Militärausgaben/BIP	1,0	1,6	1,0	0,2	0,4
Madagaskar	Militärausgaben (absolut)	94	101	100	102	115
	Militärausgaben/BIP	0,7	0,7	0,7	0,6	0,7
Eswatini	Militärausgaben (absolut)	78	73	77	71	76
	Militärausgaben/BIP	1,9	1,7	1,7	1,4	1,4
Sambia	Militärausgaben (absolut)	294	270	309	377	403
	Militärausgaben/BIP	1,2	1,0	1,1	1,3	1,3

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,475	0,477	0,478	0,490	0,493
HDI-Wert (Männer)	0,493	0,492	0,496	0,511	0,514
HDI-Wert (Frauen)	0,454	0,459	0,46	0,47	0,473
GDI-Wert	0,92	0,932	0,928	0,919	0,92

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/MOZ>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die

Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Entwicklungsungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

Frauen in Wirtschaft und Politik

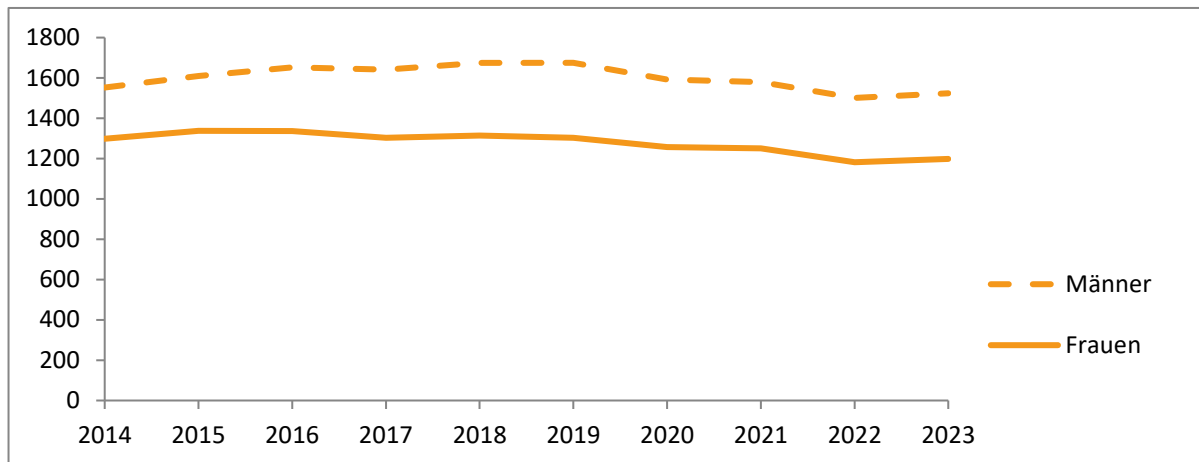
Mosambik erreicht mit einem Gender Development Index (GDI) von 0,920 eine hohe Geschlechtergleichheit hinsichtlich wichtiger Entwicklungsindikatoren. Der GDI setzt die HDI-Werte beider Geschlechter – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsniveau und Einkommen – ins Verhältnis zueinander, wobei ein Wert von 1 vollständige Gleichstellung bedeutet. Trotz des vergleichsweise hohen GDI bestehen insbesondere im Bildungsbereich weiterhin deutliche Unterschiede. Frauen besuchen durchschnittlich 3,7 Jahre eine Bildungseinrichtung und damit 1,9 Jahre kürzer als Männer mit 5,7 Jahren. Auch die Alphabetisierungsraten unterscheiden sich deutlich und liegen bei 51 % für Frauen und 74 % für Männer.

Die Erwerbsquote zeigt dagegen nur geringe Unterschiede: Im Jahr 2025 nahmen 77 % der Frauen am Arbeitsmarkt teil (globaler Durchschnitt: 49 %) und lagen damit nur leicht unter dem Anteil der Männer mit 81 %. Diese Differenz spiegelt sich auch im Pro-Kopf-Einkommen wider. Frauen erreichen ein kaufkraftbereinigtes Bruttonationaleinkommen von 1.198 US-Dollar, während Männer mit 1.523 US-Dollar 325 US-Dollar mehr verdienen. Mosambik weist damit insbesondere im Bildungsbereich geschlechtsspezifische Ungleichheiten auf, während die Unterschiede in anderen Bereichen geringer ausfallen. Insb. die Geschlechterlohnlücke ist im internationalen Vergleich gering. Frauen haben mit 66,5 Jahren zudem eine deutlich höhere Lebenserwartung als Männer mit 60,3 Jahren.

Frauen bleiben dennoch in politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen stark unterrepräsentiert. Sie stellen 27,8 % der Kabinettsmitglieder (5 von 18). Im Parlament erreichen Frauen mit 39,2 % der Sitze (98 von 250) eine höhere Repräsentation. In der Privatwirtschaft besetzen Frauen lediglich 15,8 % der Top-Management-Positionen. Insgesamt zeigt sich, dass Frauen in Mosambik wirtschaftlich, politisch und in Führungspositionen weiterhin stark marginalisiert bleiben.

Das Weltbankprogramm World Bank Women, Business and the Law (WBL) 2.0 bewertet neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen auch deren praktische Umsetzung sowie unterstützende staatliche Strukturen zur Förderung von Frauen. Mosambik erreicht im Bereich der gesetzlichen Rahmenbedingungen 69 von 100 Punkten und liegt damit etwas über dem globalen Durchschnitt (67). Die unterstützenden Rahmenbedingungen erzielen 39 Punkten und liegen damit unter dem weltweiten Durchschnitt von 47, was auf Defizite bei flankierenden staatlichen Maßnahmen hinweist. Der Indexwert zur Umsetzung und Wahrnehmung der Maßnahmen beträgt 51 Punkte (global: 53). Insgesamt bestehen in Mosambik also rechtliche Unterstützungsmaßnahmen für Frauen auf mittlerem Niveau, während insbesondere bei den unterstützenden Maßnahmen und der Umsetzung der Rechte weiterhin erheblicher Verbesserungsbedarf besteht.

Schaubild 6

Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)

Quellen: Gender Development Index; <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/MAR>

Zusammenfassung zu Kriterium 8:

Mosambik gilt mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 550 US-Dollar als „low income country“ und weist das drittniedrigste Einkommen weltweit auf. Mosambik ist zudem ein „heavily indebted poor country“, trotz eines gravierenden Schuldenerlasses im Jahr 2005. Die Wirtschaft ist nicht kompetitiv, wenig diversifiziert und basiert zu großen Anteilen auf Agrarwirtschaft und dem Export von Rohstoffen. Die Wirtschaft gilt somit als höchst vulnerabel, insbesondere im Hinblick auf den Klimawandel. Mit einem HDI-Wert von 0,493 gilt Mosambik außerdem als „Least Developed Country“ und schneidet auch im regionalen Vergleich schlecht ab. Die meisten sozialen Indikatoren zeigen sich entsprechend als desaströs – nur punktuell konnten in den vergangenen Jahren Erfolge erzielt werden. Insbesondere Unterernährung und extreme Armut sind weit verbreitet.

Die Bildungs- sowie Gesundheitsausgaben lagen in den letzten zehn Jahren durchschnittlich mit 6,0 % bzw. 7,8 % am BIP recht hoch – insbesondere im Vergleich zu den geringen Militärausgaben von 1,5%. Mosambik gilt entsprechend als schwach militarisiert (Rang 100 im jüngsten Globalen Militarisierungsindex). Nichtsdestotrotz sind die Militärausgaben in den vergangenen Jahren zumeist gestiegen.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Bruttonationaleinkommen von rund 550 US-Dollar pro Kopf zählt Mosambik zu den einkommenschwächsten Staaten weltweit. Die Weltbank führt das Land als eines mit dem viertniedrigsten Pro-Kopf-Einkommen; lediglich Afghanistan und Burundi weisen geringere Werte auf. Die Auslandsverschuldung beläuft sich auf rund 319 % des BIP, wodurch Mosambik als *heavily indebted poor country* gilt und Teil der entsprechenden Schuldenerlassprogramme des IWF ist. Seit 2016 befindet sich das Land teilweise im Zahlungsausfall. Zum Stand vom 02.12.2024 schuldete Mosambik dem IWF allein 514 Mio. US-Dollar. Rund 80 % der Auslandsschulden entfallen auf den privaten Sektor. Bereits 2001 und erneut 2005 beschlossen internationale Institutionen (u. a. IWF, IDA und Afrikanischer Entwicklungsfonds)

im Rahmen multilateraler Initiativen einen weitgehenden Schuldenerlass in Höhe von 6,33 Mrd. US-Dollar.

Die mosambikanische Wirtschaft weist eine geringe Wettbewerbsfähigkeit auf (38,1 Punkte; Rang 137 von 141 im Global Competitiveness Index 2019). Sie hängt stark von der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei ab, die rund 25 % der Wirtschaftsleistung erwirtschaften. Diese Struktur erhöht die Verwundbarkeit gegenüber klimatischen Extremereignissen. So verursachten schwere Zyklone im Jahr 2019 Schäden in einer Größenordnung von etwa 50 % des Staatshaushalts. Im Global Climate Risk Index 2024 belegt Mosambik Rang 53; langfristig (1995–2024) zählt es jedoch zu den 23 am stärksten betroffenen Ländern weltweit.

Trotz struktureller Schwächen verzeichnete Mosambik in den vergangenen zehn Jahren ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von rund 4 %, zwischen 2001 und 2015 sogar über 5 %. Dieses Wachstum stützte sich vor allem auf den Export natürlicher Ressourcen, insbesondere Öl und Flüssiggas. Vor der Küste der Provinz Cabo Delgado entdeckte man 2011 große Erdgasvorkommen mit einem geschätzten Wert von 150 Mrd. US-Dollar. Daneben exportiert das Land vor allem Kohle, Titanerz, Aluminium und Gold. Der sich zeitweise ausweitende Konflikt mit Al-Shabab-nahen Gruppen im Norden führte jedoch zuletzt zu sinkenden Einnahmen aus dem Rohstoffsektor. Als Reaktion verabschiedete die Regierung 2022 einen Wiederaufbauplan für die Provinz Cabo Delgado sowie das Programa de Resiliência e Desenvolvimento Integrado do Norte de Moçambique (PREDIN).

Soziale Entwicklung

Mosambik ist in hohem Maße von öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit abhängig. Der Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen liegt laut OECD bei 8,25 %, nach Angaben der Weltbank sogar bei 15,3 % (2023) und zählt damit zu den höchsten weltweit. Das Land gehört zu den Least Developed Countries und erreicht im Human Development Index lediglich 0,493 (Rang 183 von 193). Damit liegt Mosambik sowohl unter dem regionalen Durchschnitt Subsahara-Afrikas als auch deutlich hinter seinen Nachbarstaaten.

Die durchschnittliche Schuldauer beträgt 9,1 Jahre für Männer und 8,2 Jahre für Frauen. Obwohl der Schulbesuch bis zum Alter von zwölf Jahren verpflichtend und offiziell kostenfrei ist, erschweren faktische Gebühren vielen Familien den Zugang. Die Alphabetisierungsquoten liegen bei 78 % für Männer und 51 % für Frauen.

Im Jahr 2022 lebten 81,4 % der Bevölkerung unter der absoluten Armutsgrenze von 3,00 PPP-Dollar pro Tag. Die Einkommensverteilung ist stark ungleich (Gini-Index 49,6). Offizielle Arbeitslosenquoten erscheinen mit 3,5 % (Jugendarbeitslosigkeit: 11,7 %) vergleichsweise niedrig, verdecken jedoch weit verbreitete informelle und prekäre Beschäftigung. Zentrale SDG-Indikatoren bleiben kritisch: Kinder- und Müttersterblichkeit sind hoch, Unterernährung betrifft rund 30 % der Bevölkerung, und etwa 40 % leiden unter schwerer Ernährungsunsicherheit. Der Zugang zu Elektrizität, sauberem Trinkwasser und sanitärer Infrastruktur ist insbesondere im ländlichen Raum stark eingeschränkt. Die Lebenserwartung liegt mit 64 Jahren deutlich unter dem weltweiten Durchschnitt.

Die Bildungs- sowie Gesundheitsausgaben lagen in den letzten zehn Jahren durchschnittlich mit 6,0 % bzw. 7,8 % am BIP recht hoch – insbesondere im Vergleich zu den relativ gering anmutenden Militärausgaben von 1,5%. Mosambik gilt zudem als schwach militarisiert (Rang 100 im jüngsten Globalen Militarisierungsindex). Nichtsdestotrotz sind die Militärausgaben in den vergangenen Jahren zumeist gestiegen.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

